

V1 - Allgemein

▼ Was regelt das **Zivilrecht**?

Das Zivilrecht (=Privatrecht) regelt das Verhältnis der Bürger untereinander

Es ist im BGB sowie in Sondergesetzen geregelt, die sich mit dem Verhältnis der Bürger untereinander beschäftigen

▼ Was regelt das **öffentliche Recht**?

Es regelt das Verhältnis des Staates zum Bürger

▼ Zu welchem Recht gehört das **Strafrecht**?

Es gehört zum Öffentlichen Recht und ist im **Strafgesetzbuch** geregelt

▼ Was ist eine **Natürliche Person** und was macht sie aus?

- Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt (§ 1 BGB)
- Jeder Mensch ist Träger von Rechten und Pflichten, unabhängig von Alter und Intelligenz
- Ende der Rechtsfähigkeit: Tod des Menschen, richtet sich nach Stand der medizinischen Wissenschaft

▼ Wann beginnt die **Rechtsfähigkeit**?

- Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt (§ 1 BGB)
- Jeder Mensch ist Träger von Rechten und Pflichten, unabhängig von Alter und Intelligenz
- Ende der Rechtsfähigkeit: Tod des Menschen, richtet sich nach Stand der medizinischen Wissenschaft

▼ Wann ist man **Geschäftsfähig** und was bedeutet das?

- Fähigkeit, Rechtsgeschäfte selbstständig und wirksam vorzunehmen
- **Geschäftsunfähig** ist, wer nicht das 7. Lebensjahr vollendet hat (§ 104 Nr.1 BGB)

- Ein Minderjähriger, der das 7. Lebensjahr vollendet hat, ist in der Geschäftsfähigkeit beschränkt (§ 106 BGB) und braucht die Zustimmung der Eltern (§ 107 BGB). Ausnahme ist der **Taschengeldparagraph**
- Ausnahme: § 110 BGB („Taschengeldparagraph“) Der besagt, **dass Menschen ab sieben Jahren, die beschränkt geschäftsfähig sind, rechtswirksame Geschäfte auch ohne Zustimmung der Eltern abschließen können**

▼ Was ist **Deliktfähigkeit** und welche Bedingungen sind dabei zu beachten?

- Fähigkeit, eine zum Schadensersatz verpflichtende unerlaubte Handlung (§§ 823 ff. BGB) zu begehen
- Deliktsunfähig sind alle Personen vor Vollendung des 7. Lebensjahres (§ 828 Abs.1) oder diejenigen, die sich im Zustand der Bewusstlosigkeit oder in einem Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit befinden (§ 827 S.1 BGB).
- Beschränkt deliktsfähig sind Personen, die das 7. Lebensjahr, aber nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Beispiel:

- Rudi Rüpel (12) kauft einen Fußball. Die Wirksamkeit des Kaufvertrages richtet sich nach den Vorschriften über die Geschäftsfähigkeit (§ 106 BGB, ggf. § 110 BGB).
- Er schießt mit dem Ball eine Fensterscheibe des Nachbarhauses kaputt. Er ist für den Schaden verantwortlich, wenn er die erforderliche Einsicht hatte, also das Unrecht seiner Tat nach seiner geistigen Entwicklung verstehen konnte.

▼ Witwe W möchte ihren Dackel Dagobert zum Alleinerben einsetzen.
Geht das?

Nein, ein Tier ist kein Rechtssubjekt. Es besitzt keine Rechtsfähigkeit.

▼ Was ist eine **Juristische Person**?

- Alle von der Rechtsordnung als selbstständige Rechtsträger anerkannte Personenvereinigungen oder Vermögensmassen

- Unterscheidung: juristische Personen des Privatrechts und juristische Personen des Öffentlichen Rechts

▼ Wie unterscheiden sich eine **Juristische Person** des **öffentlichen** oder **privaten** Rechts?

Juristische Person öffentlich:

- Beruhen in der Regel auf einem Hoheitsakt, einem Gesetz, das die Organisation und die Aufgaben des Rechtsträgers festlegt
- Beispiele: der Staat, Körperschaften (Gemeinden, Kirchen), Rundfunkanstalten

Juristische Person des Privatrechts:

- Beruhen in der Regel auf einem privatrechtlichen Gründungsakt (Gründungsvertrag)
- Identität ist unabhängig vom Mitgliederbestand, Gemeinschaft selbst stellt einen eigenen Rechtskörper dar
- Beispiele: Vereine (§§ 21 ff. BGB), Stiftungen (§§ 80 ff. BGB), Kapitalgesellschaften wie z.B. Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), Aktiengesellschaft

▼ Was gibt es für **sonstige Rechtssubjekte**?

- Alle Güter, die Gegenstand von Rechtsgeschäften und Rechten sein können
- Die Begriffe Rechtssubjekt und Rechtsobjekt stehen in einem Ausschließlichkeitsverhältnis. Alles, was Rechtssubjekt sein kann, ist niemals Rechtsobjekt und umgekehrt.
- Keine Rechte an natürlichen Personen (irreführend „Spielerverkauf“)

▼ Was sind **Rechtsobjekte** und welche Bestimmungen gibt es zu Ihnen im BGB?

- Alle Güter, die Gegenstand von Rechtsgeschäften und Rechten sein können
- Die Begriffe Rechtssubjekt und Rechtsobjekt stehen in einem Ausschließlichkeitsverhältnis. Alles, was Rechtssubjekt sein kann, ist niemals Rechtsobjekt und umgekehrt.
- Keine Rechte an natürlichen Personen (irreführend „Spielerverkauf“)

1. Sachen § 90 ff. BGB

- Körperliche Gegenstände, räumliche Abgrenzung erforderlich, Teile der beherrschbaren Natur

2. Tiere § 90a BGB

- Tiere sind keine Sachen, werden durch besondere Gesetze geschützt (z.B. Tierschutzgesetz), auf sie werden die Vorschriften über Sachen entsprechend angewendet

▼ Was sind Immaterialgüterrechte?

- Geistige Schöpfungen, an dem Urheber gesetzlich ein ausschließliches Nutzungsrecht und Verwertungsrecht eingeräumt wird
- Beispiele: Urheberrecht an Roman, Gedicht, Patente, Markenrechte

▼ Was bedeutet Privatautonomie/Vertragsfreiheit?

- Die Freiheit des Einzelnen, seinen Lebensbereich durch eigenes Handeln nach eigenem Willen zu gestalten
- Abschlussfreiheit, Inhaltsfreiheit und Formfreiheit

▼ Was bedeutet Abschlussfreiheit?

- Die Freiheit eines Rechtssubjekts, selbst zu entscheiden, mit wem ein Rechtsgeschäft, insbesondere ein Vertrag abgeschlossen wird
- Grenzen: Kontrahierungszwang bei Monopolstellung zur Deckung des Grundlebensbedarfs, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

▼ Was ist **Inhalts- und Gestaltungsfreiheit** und wo liegen ihre Grenzen?

- Freiheit des Rechtssubjektes, den Inhalt der getätigten Rechtsgeschäfte festzulegen
- Kein Typenzwang, auch Mischformen möglich (Beispiel: „Bewirtungsvertrag“)
- Rechtsgeschäfte, die gegen ein Gesetz oder die Guten Sitten verstoßen oder den Tatbestand des Wuchers erfüllen, können nicht wirksam vorgenommen werden
- § 134 BGB: Verstoß gegen ein Gesetz (Beispiel: Vertrag zwischen Auftraggeber und Auftragsmörder)

- § 138 BGB: Verstoß gegen die Guten Sitten (Beispiele: Darlehensvertrag für Religionswechsel, Knebelungsverträge, Wucher)

▼ Welche Funktion haben Formvorschriften und welche gibt es?

- Schutz vor Übereilung/Warnfunktion
- Beweisfunktion
- Beratungsfunktion
- Schriftform §§ 126, 127 BGB
- Elektronische Form § 126 III, 126a BGB
- Textform § 126b BGB
- Öffentliche Beglaubigung § 129 BGB
- Notarielle Beurkundung §§ 128, 127a BGB

▼ Was besagt die Formfreiheit?

- Grundsätzlich können rechtsgeschäftliche Handlungen in jeder beliebigen Form abgegeben werden
- Ausnahmen: Parteivereinbarung, spezielle Formvorschriften

§ 311 b Verträge über Grundstück, Vermögen, Nachlass (MUSS notariell beurkundet)

§ 766 Bürgschaftserklärung schriftlich

Verstoß

§ 125 Nichtigkeit Kaufvertrag wegen Formmangel

V2 - Willenserklärung & Vertragsschluss

▼ Was ist eine **Willenserklärung** und was macht diese aus?

Definition of Willenserklärung

- Die Willenserklärung ist das Mittel des rechtsgeschäftlichen Handelns.
- Sie ist die Äußerung eines auf die Herbeiführung eines Rechtserfolges gerichteten Willens.

Merkmale der Willenserklärung

1. Äußerer Tatbestand der Erklärung
2. Innerer Tatbestand des Willens

▼ Was macht den **Handlungswillen** bei einer Willenserklärung aus?

Handlungswille

= Wille, eine Handlung vorzunehmen

→ fehlt er, ist die Willenserklärung nichtig

Beispiele:

- Ungewolltes nervöses Zucken wird als Nicken angesehen
- A führt B gewaltsam die Hand zur Unterschrift unter einen Kaufvertrag

2. Erklärungsbewusstsein (Rechtsbindungswille)

= das Bewusstsein des Rechtssubjekts, mit einer Handlung etwas rechtlich Erhebliches zu erklären

fehlt, wenn zwar eine bewusste Handlung vorgenommen wird, aber damit etwas Außerrechtliches bezweckt wird

▼ Wann liegt ein Erklärungsirrtum vor, nach welchem Gesetz?

„Trierer Weinversteigerung“ : A will B zuwinken und gibt damit ein Gebot ab. Zwar kein Rechtsbindungswille, aber A hätte bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt erkennen können, dass sein Verhalten die Bedeutung einer Willenserklärung hatte
→ Vertrag zustande gekommen, aber wegen Erklärungsirrtum anfechtbar

(§ 119 I BGB)

▼ Schweigen ist **keine Willenserklärung**, welche Ausnahmen gibt es?

Ausnahmen:

- Durch Gesetz werden aus dem Schweigen bestimmte Schlussfolgerungen gezogen (z.B. § 108 Abs.2 Satz 2 BGB [**Vertragsschluss ohne Einwilligung**], § 516 Abs.2 Satz 2 BGB [**Schenkung**]).
- Handelsverkehr:

Schweigen auf ein kaufmännisches Bestätigungsschreiben

und **Schweigen auf ein Angebot** nach § 362

HGB

→ Schweigen gilt in diesen Fällen als Zustimmung

▼ Wie ist die Zusendung von unbestellter Ware geregelt und wie läuft es in der Praxis dann ab?

Geregelt in § 241a BGB → Es besteht kein Anspruch auf Bezahlung der Ware

Beispiel:

Die Nutzlosundteuer-GmbH (N) schickt Susi Sauber (S) 2 Flaschen des neuen Reinigungsmittels „Ätzi“ mit folgendem Schreiben: „Wenn wir innerhalb der nächsten 14 Tage nichts von Ihnen hören, gehen wir davon aus, dass Sie diese Artikel kaufen möchten.“
S meldet sich nicht. Muss sie die Ware bezahlen?

Antwort: Nein, da kein Anspruch besteht gem. § 241a BGB

▼ Was ist ein **Verbraucher** und was ist ein **Unternehmer**?

Nach § 13 BGB ist ein **Verbraucher** eine natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft für einen Zweck abschließt, der nicht ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit zuzuschreiben ist.

Ein **Unternehmer** im Sinne von § 14 BGB handelt gewerblich oder selbständig beruflich bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts.

▼ Was ist eine **Empfangsbedürftige Willenserklärung** und was macht diese aus?

Empfangsbedürftige Willenserklärungen sind an eine andere Person (Erklärungsempfänger) gerichtet

Beispiele:

- Kündigung eines Vertrages
- Anfechtung

Bei Willenserklärungen unter Anwesenden unmittelbare Kenntniserlangung

Bei Willenserklärungen unter Abwesenden Wirksamkeit erst mit Zugang beim Erklärungsempfänger gem.

§ 130 BGB

1) Eine Willenserklärung, die einem anderen gegenüber abzugeben ist, wird, wenn sie in dessen Abwesenheit abgegeben wird, in dem Zeitpunkt wirksam, in welchem sie ihm zugeht. Sie wird nicht wirksam, wenn dem anderen vorher oder gleichzeitig ein Widerruf zugeht.

→ Abgabe und Zugang erforderlich

▼ Was ist eine **Empfangsbedürftige Willenserklärung unter Anwesenden oder unter Abwesenden?**

- **Unter Anwesenden:** Die Willenserklärung muss vom Empfänger wahrgenommen und verstanden werden (Vernehmungstheorie).

- Telefonische Erklärungen gelten als Erklärungen unter Anwesenden gemäß § **147 Abs.1 S.2** BGB.

- **Unter Abwesenden:** Die Willenserklärung gilt als zugegangen, wenn sie in den Machtbereich des Empfängers gelangt ist und unter normalen Umständen mit Kenntnismahme zu rechnen ist (Empfangstheorie).
- Beispiele für Zugangsrisiko: Urlaub, Krankenhausaufenthalte, E-Mails.
- Ausnahme: Kenntnis des Absenders von der besonderen Situation.
- Verhinderung des Wirksamwerdens einer Willenserklärung durch Widerruf **gemäß § 130** Abs.1 S.2 BGB.
- Beispiel: Kündigung per Post und zeitgleich erfolgender Widerruf direkt in den Briefkasten führen zu einem wirksamen Widerruf.

▼ Was ist eine **nicht empfangsbedürftige Willenserklärung**?

- Nicht empfangsbedürftige Willenserklärungen sind nicht an eine bestimmte Person gerichtet.
- Ein Beispiel ist das Testament (§§ 2064 ff. BGB).
- Sie werden wirksam, sobald der Erklärende seinen Willen äußert.
- Im Beispielsfall ist eine Auslobung (§ 657 BGB) wirksam, auch wenn der Finder des entlaufenen Hundes nichts davon weiß, dass es eine Auslobung gibt. Die Witwe muss die Belohnung trotzdem zahlen.

▼ Was ist ein Vertrag?

Ein Vertrag zwischen mindestens zwei Personen, bei dem alle Parteien zustimmen.

→ Willensübereinstimmung zur Erreichung eines rechtlichen Erfolgs. Es besteht Vertragsfreiheit und Bindung an Verpflichtungen.

Eine einseitige Kündigung von Vertragspflichten ist nur möglich, wenn dies vertraglich vereinbart oder gesetzlich gestattet ist (z.B. durch Kündigung oder

Rücktritt). Ein Vertrag kommt durch ein Angebot und dessen Annahme zustande.

▼ Was bedeutet "**pacta sunt servanda**"?

Verträge sind einzuhalten

▼ Was ist ein **Angebot/Antrag** und welchen Bestimmungen ist es unterlegen?

Angebot/Antrag = eine empfangsbedürftige Willenserklärung, durch die ein Rechtssubjekt einem anderen den Abschluss eines Vertrages anträgt

Angebot/Antrag:

- Voraussetzungen:
 - Das Angebot muss zugehen (**§ 130 BGB**).
 - Das Angebot sollte klar sein, damit der Vertrag nur noch von der Annahmeerklärung des Empfängers abhängt.
- Bindung an das Vertragsangebot gem. **§ 145 BGB**
- Erlöschen des Angebots:
 - Bei ausdrücklicher Ablehnung gem. **§ 146 BGB**
 - Bei Versäumen der Annahmefrist gem. **§§ 147 (sofortige Annahme nötig), 148 BGB**

▼ Was ist eine **Annahme** und welchen Bestimmungen ist diese unterlegen?

Annahme = empfangsbedürftige Willenserklärung, mit der der Angebotsempfänger seine Zustimmung zum Vertragsabschluss erklärt

Voraussetzungen:

- Die Annahme muss grundsätzlich zugehen.
- Die Annahme muss inhaltlich mit dem Angebot übereinstimmen (sonst gilt **§ 150 Abs. 2 BGB** → Ablehnung verbunden mit neuem Angebot)
- Das Angebot muss rechtzeitig angenommen werden.

Verspätete Annahme gilt gem. **§ 150 Abs.1 BGB** als neuer Antrag
→ ein Vertrag kommt zustande, wenn er von dem (ursprünglich)
Antragenden angenommen wird

▼ Wann gibt es **Ausnahmen**, dass keine **Annahme** ggü. dem Antragenden gemacht werden muss?

§ 151 S.1 BGB

Ausnahmen vom Zugang der Annahmeerklärung:

1. Wenn eine solche Erklärung nach der Verkehrssitte nicht zu erwarten ist, z.B. bei kurzfristiger Reservierung von Hotelzimmern oder Zusendung bestellter Ware.
2. Wenn der Antragende auf eine solche Erklärung verzichtet hat, z.B. bei Annahme eines Schenkungsangebots.

Angebot und Annahme als Einigung (Pflichten beim Kaufvertrag):

- Parteien müssen sich über die wesentlichen Vertragsmerkmale (*essentialia negotii*) geeinigt haben.
- Die Mindestbestandteile ergeben sich aus den gesetzlichen Wesensmerkmalen der jeweiligen Vertragsform, z.B. beim Kaufvertrag (**§ 433 BGB**) ist eine Einigung über Kaufgegenstand und Kaufpreis erforderlich.

▼ **Fall:** Benno Böse (B) möchte sein Fahrrad für 150 € verkaufen und gibt ein entsprechendes Inserat auf. Als Udo Unhöflich (U) zu ihm kommt, möchte er das Rad kaufen. Aber B will nicht an U verkaufen, weil er ihn unsympathisch findet. Kann U das Fahrrad gegen Bezahlung verlangen?

Nein, das Inserat ist noch kein Angebot, sondern eine **invitatio ad offerendum**

, also eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes.

Das Angebot liegt im Kaufangebot d

es U. Dieses hat B nicht
angenommen.

▼ Erwin Eiche (E) bietet Frieda Fichte (F) einen Kleiderschrank zum Kauf für 500 € an. F antwortet, sie sei mit dem Angebot einverstanden, wolle

aber den Kaufpreis in fünf gleichen Monatsraten zahlen. Ist ein Kaufvertrag über den Kleiderschrank zustande gekommen?

Nein, die Erklärung der F entspricht nicht dem Angebot des E, da sie Ratenzahlung will. Gem.

§ 150 II BGB ist das Angebot des E abgelehnt.

Damit ist ein Antrag der F verbunden, den E annehmen oder ablehnen kann.

▼ Was ist ein **Einigungsmangel** im rechtlichen Sinne?

1. Dissens:

- Die Parteien haben sich noch nicht über alle Punkte geeinigt.
- Bei einem offenen Dissens gilt der Vertrag im Zweifel als nicht geschlossen.
- Beispiel: V möchte für 100 € verkaufen, K möchte aber nur für 80 € kaufen.

2. Offener Einigungsmangel gem. **§ 154 BGB**:

- Die Parteien wissen, dass sie sich noch nicht geeinigt haben.
- In solchen Fällen gilt der Vertrag im Zweifel als nicht zustande gekommen.

3. Versteckter Einigungsmangel gem. **§ 155 BGB**:

- Die Parteien gehen irrtümlich von einer Einigung aus.
- Obwohl ein Dissens besteht, kommt trotzdem ein Vertrag zustande, wenn anzunehmen ist, dass die Parteien den Vertrag auch dann geschlossen hätten, wenn sie über den fraglichen Punkt keine Einigung erzielt hätten.
- Die Vertragslücke wird durch Auslegung geschlossen.
- Wenn es jedoch an einer Einigung über einen wesentlichen Vertragsbestandteil fehlt, kommt kein Vertragsschluss zustande.

Beispiel:

Hobbygärtner Tim Tulpe (T) schreibt an Hobbygärtner Gerd Geranie (G) „20 Tomatenpflanzen á 20 Euro“, G schreibt zurück „Einverstanden“. Später stellt sich heraus, dass beide Verkäufer sein wollten und den anderen als Käufer ansahen.

Keine Einigung über wesentlichen Vertragsbestandteil

→

kein Vertrag zustande gekommen

▼ Was bedeutet **Falsa demonstratio**?

Die Parteien benutzen einen Ausdruck, der etwas anderes bedeutet, als sie übereinstimmend meinen.

Beispiel: A verkauft an B seinen Weinvorrat, den er als seine „*Bibliothek*“ bezeichnet.

Grundsatz: „**falsa demonstratio non nocet**“ (*Falschbezeichnung schadet nicht*)

→ Es gilt das **Gemeinte**, nicht das *Erklärte*.

V3 - Vertiefung Vertragsschluss / Vertragsschluss unter Einbeziehung von AGB / Vertragsschluss unter Einbeziehung von Hilfspersonen (Bote/Stellvertreter)

- ▼ Wie heißt das Mittel des rechtsgeschäftlichen Handelns?

Willenserklärung

- ▼ Ist Schweigen eine Willenserklärung ?

Nein, nur in bestimmten Fällen werden Rechtsfolgen an das Schweigen geknüpft.

- ▼ V schaut bei seinem Freund K vorbei und bietet ihm seinen alten VW

Frage: Kann K von V Übergabe und Übereignung des Käfers verlangen?

1. Sachverhalt und Anspruchsgrundlage:

- Käfer für 500 € angeboten.
- K will Kauf nach Bedenkzeit.
- V stimmt zu, aber K verzögert Annahme.
- § 433 I S.1 BGB: Anspruch auf Übergabe und Übereignung.

2. Wirksamer Kaufvertrag:

- Kaufvertrag durch Angebot und Annahme.
- K akzeptiert nach Verzögerung.

3. Ergebnis:

- Kaufvertrag besteht.

- K kann Übergabe und Übereignung verlangen.

▼ Wodurch erfolgt eine **Einigung** über Kaufgegenstand und Kaufpreis?

Thema: Vertragsschluss durch Angebot und Annahme (§§ 145 ff. BGB)

a) **Angebot**

- Betrachtung der rechtlichen Grundlage (§§ 145 ff. BGB)
- Analyse des vorliegenden Falls:
 - Angebot von V: Verkauf eines Käfers für 500 Euro
 - Einordnung als Angebot gemäß § 145 BGB
 - Ergebnis: Vorliegen eines Angebots (+)

▼ Wann erlischt ein Angebot?

Gem. § 147 I S.1 BGB ist bei Antrag unter Anwesenden grundsätzlich

I. Einleitung

- Anwendung der §§ 147 I S.1 (Annahme direkt nötig), 148 BGB auf Anträge unter Anwesenden
- Fall: V setzt Annahmefrist für Angebot

II. Verpasste Annahmefrist durch K

- K meldet sich erst übernächsten Tag
- Frist gemäß § 148 BGB bereits abgelaufen

III. Keine wirksame Annahme

- Angebot des V erlischt vor K's Meldung
- § 150 I BGB: Verspätete Annahme als neues Angebot

IV. Fehlende Einigung

- V nimmt neues Angebot nicht an
- Keine Vereinbarung zwischen V und K

▼ Gilt eine Verspätete Annahmeerklärung als Rechtswirksam?

Nein,

- Verspätete Annahme gilt als neues Angebot (§ 150 I BGB)
- K macht neues Angebot, aber V nimmt nicht an
- Keine Einigung zwischen V und K
- Fazit: Kein Kaufvertrag, K hat keinen Anspruch auf Fahrzeug

▼ Was ist Zweck einer **AGB**?

- Schnelle Vertragsabwicklung ist das Ziel
- Formularverträge ersetzen zeitaufwändige Einzelverhandlungen
- Typische Vereinbarungen werden für Unternehmensbereiche standardisiert
- Beispiel: Vertragsmuster für Miet- oder Leasingverträge

▼ Was sind die Schritte, welche bei einer AGB vonnöten sind und welchen Bestimmungen ist diese Unterlegen?

Zusammenfassung: AGB und Inhaltskontrolle im BGB

Überblick über die AGB-Kontrolle nach §§ 305-309 BGB:

1. Einordnung als AGB (1. Schritt):

- AGB bei mehrfacher Verwendung fixiert.
- Mindestens drei beabsichtigte Verwendungen nötig.
- Einzelverhandelte Bedingungen sind keine AGB, §§ 305 ff. BGB nicht anwendbar.

2. Einbeziehung in den Vertrag (2. Schritt):

- Einbeziehung durch Hinweis oder zumutbare Kenntnisnahme.
- Zumutbare Kenntnisnahme z.B. durch Aushang oder Vertragsabdruck.
- "Überraschende Klauseln" nicht wirksam.

3. Inhaltskontrolle (3. Schritt):

- Prüfung der Klauseln nach §§ 307-309 BGB.
- **§ 309 BGB (Klauselverbote ohne Wertungsmöglichkeit):** Bestimmte Klauseln ohne Prüfung unwirksam.
- **§ 308 BGB (Klauselverbote mit Wertungsmöglichkeit):** Unangemessenheit führt zur Unwirksamkeit.

- **§ 307 BGB (Generalklausel):** Unangemessene Benachteiligung unzulässig.

4. Rechtsfolgen von Mängeln der AGB gem. § 306 BGB:

- Klauseln können unwirksam sein, Rest des Vertrags bleibt wirksam.
- Wenn Klauseln nicht Vertragsbestandteil, gelten gesetzliche Vorschriften.
- Vertrag kann insgesamt unwirksam sein, wenn Festhalten unzumutbare Härte bedeutet.

Zweifel bei der Auslegung von AGB gehen zu Lasten des Verwenders (§ 305c II BGB).

▼ Was ist der Unterschied eines Boten und eines Stellenvertreter?

Eigene Willenserklärung - Zusammenfassung:

- Stellvertreter hat eigene Ermessens- und Entschließungsfreiheit.
- Im Gegensatz dazu: Bote übermittelt fremde Willenserklärung ohne eigenen Ermessensspielraum.
- Beispiel 1: Anton (A) bittet Benno (B), einen "schönen Anzug" zu besorgen.
 - Benno (B) gibt eigene Willenserklärung ab.
- Beispiel 2: A bittet B, den ausgestellten schwarzen Anzug der Größe XXL für 300 € zu besorgen.
 - Benno (B) übermittelt fremde Willenserklärung ohne eigene Entscheidung.

▼ Welchen Zweck hat das Offenkundigkeitsprinzip und was ist das?

In fremdem Namen (Offenkundigkeitsprinzip) - Zusammenfassung:

- Stellvertreter muss klar machen, dass er im Namen des Vertretenen handelt.
- Fehlt diese Klarstellung, wird der Stellvertreter selbst berechtigt und verpflichtet (§ 164 Abs.2 BGB).
- Zweck: Schutz des Vertragspartners, um zu wissen, mit wem er einen Vertrag abschließt.
- **Ausnahme "Geschäft, für den, den es angeht":**

- Bei alltäglichen Barzahlungen ist die Identität des Vertragspartners weniger relevant.
- Beispiel: Susi (S) kauft für Lena (L) ein Mettbrötchen beim Bäcker Kuno (K). Kuno (K) ist egal, ob S oder L Vertragspartnerin ist.

▼ Was ist eine Vertretungsmacht?

Vertretungsmacht - Zusammenfassung:

- **Vertretungsmacht:** Befugnis, für andere zu handeln und sie zu verpflichten.
- Normalerweise erhält der Stellvertreter die Vertretungsmacht durch eine Vollmacht vom Vertretenen.

▼ Was ist der Unterschied zwischen Gesetzlicher und Rechtsgeschäftlicher Vertretungsmacht?

Vertretungsmacht - Zusammenfassung:

- **Gesetzliche Vertretungsmacht:** Basierend auf gesetzlichen Vorschriften, z. B. elterliche Sorge gemäß § 1629 Abs. 1 BGB.
- **Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht / Vollmacht (§ 167 BGB):**
 - **Innenvollmacht:** Vollmacht gegenüber dem Bevollmächtigten erklärt.
 - **Außenvollmacht:** Vollmacht gegenüber Dritten erklärt.
- **Umfang der Vollmacht:**
 - **Spezialvollmacht:** Für ein bestimmtes Rechtsgeschäft.
 - **Artvollmacht:** Für eine Gruppe spezifischer Rechtsgeschäfte.
 - **Generalvollmacht:** Für alle möglichen Rechtsgeschäfte des Vollmachtgebers.

▼ Was ist eine Vollmacht durch Rechtsschein und welche Arten gibt es?

- **Vollmacht kraft Rechtsscheins:** Vollmacht existiert nicht faktisch, aber Vertretener wird aufgrund äußeren Erscheinungsbilds behandelt, als hätte er bevollmächtigt.
- **Duldungsvollmacht:** Vertretener weiß, dass jemand als sein Vertreter auftritt, schreitet aber nicht ein.
- **Anscheinsvollmacht:** Vertretener weiß nicht, dass jemand als sein Vertreter auftritt, hätte es aber bei angemessener Sorgfalt erkennen können.

- In den Rechtswirkungen sind die Fälle der Rechtsscheinvollmacht gleich: Der Vertreter handelt mit Vertretungsmacht, wodurch der Vertretene gegenüber dem Vertragspartner berechtigt und verpflichtet wird.

▼ Wann erlöscht eine Vollmacht?

Vollmacht erlischt durch:

- Zeitablauf bei Befristung.
- Bedingungseintritt, wenn Vollmacht unter auflösender Bedingung erteilt wurde.
- Verzicht des Bevollmächtigten.
- Widerruf des Vollmachtgebers.
- Beendigung des Innenverhältnisses gem. § 168 Satz 1 BGB.
- Tod des Bevollmächtigten.

▼ Was ist ein **Höchstpersönliches** Geschäft?

Willenserklärungen, die man nur alleine abgeben kann und ein Stellenvertreter nicht zulässig ist

- **Stellvertretung:** Erlaubt, wenn zulässig.
- **Höchstpersönliche Geschäfte:** Nicht stellvertretbar.
 - Beispiele: Eheschließung (§ 1311 BGB), Testamentserrichtung (§ 2064 BGB).

V4 - Fortsetzung Stellvertretung – Vertretung ohne Vertretungsmacht Anfechtung

▼ **Fall:** Emil Eifrig (E) führt den Dackel Dagobert der Witwe W aus. E weiß von Ws Wunsch nach einem diamantenbesetzten Halsband. E entdeckt eins für 500 € und kauft es im Namen der W. W ist empört und verweigert die Zahlung.

- **Anwendung § 177 I BGB:**

- Vertrag schwebend unwirksam bis zur Genehmigung.
- Vertrag wird für und gegen Vertretenen erst mit Genehmigung wirksam.

- **Ergebnis:**

- W verweigert Genehmigung.
- Vertrag ist endgültig unwirksam.

▼ Warum haftet ein Vertreter ohne Vertretungsmacht?

- **Anspruchsgrundlage:** § 179 BGB ("falsus procurator")

- **§ 179 Abs.1 BGB:**

- Vertreter ohne Vertretungsmacht haftet Vertragspartner nach Wahl:
 - Erfüllung des Vertrags oder
 - Schadensersatz (positives Interesse).

- **§ 179 Abs.2 BGB:**

- Gutgläubiger Vertreter ohne Vertrauensschaden (negative Interessen)

▼ Was ist **Vertrauensschaden**?

- **Vertrauensschaden:** Der Schaden, den eine Partei erleidet, weil sie auf die Gültigkeit des Rechtsgeschäfts vertraut hat.

- **Beispiel:** Fahrtkosten, die angefallen sind, weil man auf das gültige Rechtsgeschäft vertraut hat.
- **§ 179 Abs.3 BGB:**
 - Keine Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht, wenn:
 - Vertragspartner den Mangel der Vertretungsmacht kannte oder fahrlässig nicht kannte.
 - Vertreter minderjährig ist.

▼ Fall Stellungsvertretung: K bittet seinen Freund F, einen Lieferwagen für ihn zu kaufen, bis zu 6.000 €. F kauft einen "Mercedes 230 T" von V für 8.000 €, ohne den wahren Wert zu kennen. K ist verärgert, verweigert den Kauf. Muss K V bezahlen?

1. Voraussetzungen des Kaufvertrags:

- V verlangt Abnahme und Kaufpreis von K gemäß § 433 II BGB.
- Kaufvertrag zwischen V und K benötigt Einigung über Kaufgegenstand und Preis.
- Keine direkte Einigung zwischen V und K, F handelte als Stellvertreter für K.

2. Stellvertretung durch F:

- Wirksame Stellvertretung erforderlich (§§ 164 ff. BGB).
- Eigene Willenserklärung von F vorhanden (+) mit erheblichem Entscheidungsspielraum.
- Erklärung im Namen von K abgegeben (+).

3. Vertretungsmacht:

- Kaufpreisgrenze von 6.000 € in F's Vollmacht überschritten.
- Keine wirksame Vollmacht vorhanden.

4. F handelte als Vertreter ohne Vertretungsmacht:

- § 177 I BGB: Schwebend unwirksamer Kaufvertrag.
- Keine Genehmigung von K.

5. Ergebnis:

- Kaufvertrag zwischen V und K endgültig unwirksam.

- V hat keinen Anspruch auf Abnahme und Bezahlung des Fahrzeugs von K.

6. Anspruch des V gegen F:

- Anspruch auf Abnahme und Bezahlung des Fahrzeugs oder Schadensersatz nach § 179 I BGB gegen F.
- Voraussetzungen des § 179 I BGB gegeben: F handelte ohne Vertretungsmacht, keine Genehmigung von K.

7. Wahlrecht des V:

- Erfüllung: Lieferwagenübergabe und Kaufpreiszahlung.
- Schadensersatz: Differenz zwischen Kaufpreis (8.000 €) und Verkehrswert (6.000 €), also 2.000 €.

▼ Was ist eine Anfechtung?

Anfechtung nach §§ 119 ff. BGB

- Wenn eine Willenserklärung in einem bestimmten Inhalt überhaupt nicht abgegeben werden sollte, liegt eine fehlerhafte Willenserklärung vor.
- Eine solche Willenserklärung, die von einem Willensmangel beeinflusst ist, kann angefochten werden.
- Der Erklärende hat die Wahl, ob er trotz des Fehlers an der Erklärung festhalten oder die Nichtigkeit herbeiführen möchte.
- Durch die Ausübung der Anfechtung wird die Willenserklärung von Anfang an ungültig (ex-tunc-Wirkung).

▼ Was ist eine Anfechtungserklärung?

Anfechtungserklärung nach § 143 BGB

- Anfechtung ist ein Gestaltungsrecht, dessen Wirkungen erst eintreten, wenn das Anfechtungsrecht ausgeübt wird.
- Die Anfechtung erfordert eine ausdrückliche Erklärung.
- Es ist nicht zwingend erforderlich, den Begriff "Anfechtung" zu verwenden.

▼ Was sind Gründe für eine Anfechtungserklärung?

Irrtum

- Irrtum bedeutet ein unfreiwilliges Auseinanderfallen von Wille und Erklärung.
- Beispiel: V möchte seinen PKW für 15.000 € verkaufen, aber in seinem schriftlichen Angebot vergisst er eine Null und nennt einen Kaufpreis von 1.500 €.

Arglistige Täuschung

Widerrechtlicher Drohung

▼ Welche Arten von Irrtum gibt es?

Erklärungsirrtum gem. § 119 I 2. Alt. BGB

- Erklärender erklärt nicht das, was er erklären wollte.
- Beispiele: Versprechen oder Verschreiben.
- Das Versehen geschieht bei der Abgabe der Willenserklärung.
- Rechtsfolge: Anfechtungsmöglichkeit des Erklärenden.

Inhaltsirrtum gem. § 119 I 1. Alt. BGB

- Irrtum über die Bedeutung oder Tragweite der Erklärung.
- Die Erklärung selbst entspricht dem Willen des Erklärenden.
- Beispiel: Kauf von 25 Gros Rollen Toilettenpapier in der Annahme, es handle sich um große Rollen.

Eigenschaftsirrtum gem. § 119 II BGB

- Irrtum über wesentliche Eigenschaften einer Sache oder Person.
- Die Eigenschaften müssen verkehrswesentlich und geschäftswesentlich sein.
- Beispiel: Verkauf eines Gemäldes aufgrund eines Irrtums über den Maler und den damit verbundenen Wert. Anfechtungsmöglichkeit besteht.

▼ Wann darf man wegen Arglistiger Täuschung Anfechten?

Anfechtung wegen arglistiger Täuschung gem. § 123 I 1. Alt. BGB

- Voraussetzungen:

- Widerrechtliche Täuschungshandlung: Vorspiegeln falscher Tatsachen oder Verschweigen wahrer Tatsachen bei Aufklärungspflicht.
- Erregung eines Irrtums.
- Arglist (Vorsatz): Täuschender muss die Unrichtigkeit seiner Angaben kennen.
- Folge: Der Getäuschte gibt eine Willenserklärung ab, die er bei Kenntnis der wahren Sachlage nicht abgegeben hätte.
- Beispiel:
 - Juwelier Karl Klunker (K) verkauft Anton Ahnungslos (A) ein vergoldetes Stahlarmband als "Massiv-Gold".
 - Durch die falsche Bezeichnung täuscht K A arglistig.
 - A kann die Willenserklärung nach § 123 I 1. Alt. BGB anfechten.

▼ Wann darf man wegen widerrechtlicher Drohung Anfechten?

Anfechtung wegen widerrechtlicher Drohung gem. § 123 I 2. Alt. BGB

- Drohung: Ankündigung eines künftigen empfindlichen Übels, auf dessen Eintritt oder Nichteintritt der Drohende Einfluss zu haben vorgibt.
- Beispiel:
 - Benno Böse (B) fordert von Karl Käfer (K), ihm seinen PKW zu schenken, indem er ihm heftige Schläge ankündigt.
 - K kann die Schenkung gem. § 123 I 2. Alt. BGB anfechten.
- Die Drohung muss widerrechtlich sein:
 - Verwerflichkeit des Mittels (z.B. Schläge).
 - Verwerflichkeit der "Mittel-Zweck-Relation".
- Beispiel:
 - A droht B, ihn wegen unerlaubtem Entfernen vom Unfallort (Fahrerflucht) bei der Polizei anzuzeigen, wenn B keinen Darlehensvertrag mit ihm abschließt.
 - Die Anzeige und der Darlehensvertrag sind einzeln rechtlich nicht zu beanstanden, aber die Verbindung miteinander ist verwerflich.

▼ Welche Anfechtungsfristen gibt es?

Anfechtungsfristen

- Anfechtung wegen Irrtums muss gemäß **§ 121 BGB** unverzüglich erfolgen, nachdem der Anfechtungsberechtigte von dem Anfechtungsgrund Kenntnis erlangt.
- "Unverzüglich" bedeutet ohne schuldhaftes Zögern.
- Anfechtung ist ausgeschlossen, wenn seit Abgabe der Willenserklärung 10 Jahre verstrichen sind (**§ 121 Abs. 2 BGB**).
- Anfechtung wegen arglistiger Täuschung oder Drohung kann gemäß **§ 124 BGB** nur innerhalb eines Jahres nach Aufdeckung der Täuschung oder nach Wegfall der Zwangslage erfolgen.
- Anfechtung ist ausgeschlossen, wenn seit Abgabe der Willenserklärung zehn Jahre verstrichen sind (**§ 124 Abs. 3 BGB**).

▼ Wie läuft die Wirkung der Anfechtung ab?

Wirkung der Anfechtung nach § 142 BGB

- Die anfechtbare Willenserklärung ist zunächst wirksam.
- Mit der wirksamen Anfechtung erreicht der Erklärende, dass seine Willenserklärung nachträglich endgültig unwirksam und damit nichtig wird.
- Die Nichtigkeit wirkt auf den Entstehungszeitpunkt des Rechtsgeschäfts zurück, es wird von Anfang an nichtig, dies wird als "Ex-tunc-Wirkung" bezeichnet.
- Ausgetauschte Leistungen sind nach **§ 812 BGB** zurückzugewähren.
- Der Anfechtungsgegner hat gegebenenfalls einen Anspruch auf Schadensersatz gemäß **§ 122 BGB**.

V5 - Abstraktionsprinzip / Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte - Schuldverhältnis & Kaufvertrag

▼ Was ist der Unterschied zwischen Verpflichtungs- Verfügungsgeschäft?

Verpflichtungsgeschäft:

- Geschäft, welches Leistungspflicht für Schuldner begründet
- Regelung im Schuldrecht
- Beispiel § 433 BGB:
 - Verkäufer: Übereignung mangelfreier Sache
 - Käufer: Zahlung des Kaufpreises

Verfügungsgeschäft:

- Überträgt, belastet, ändert oder hebt Rechte auf
- Beispiel: Eigentumsübertragung beweglicher Sachen
- § 929 Satz 1 BGB:
 - Einigung über Eigentumsübergang
 - Übergabe der Sache

Merksatz:

- Eigentum ≠ Kauf und Bezahlung
- Eigentumsübertragung durch Übereignung
- Kaufvertrag ≠ Übereignung (Trennungsgrundsatz)

▼ **Fall** Verpflichtungs & Verfügungsgeschäft: Susi Salami (S) kauft bei Bäcker Kuno Käse (K) ein Mettbrötchen für 2,00 €. Welche **drei Geschäfte** liegen vor?

1. **Schuldrechtlicher Kaufvertrag (Verpflichtungsgeschäft) - Mettbrötchen:**

- K verpflichtet sich zur Herausgabe und Übereignung des Brötchens.
 - S verpflichtet sich zum Abnehmen des Brötchens und Übereignung des Kaufpreises.
2. **Verfügungsgeschäft - Übereignung des Mettbrötchens:**
- Gemäß § 929 S.1 BGB.
3. **Verfügungsgeschäft - Übereignung des Geldes:**
- Gemäß § 929 S.1 BGB.

Trennung und Abstraktionsprinzip:

- Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte sind getrennt voneinander.
- Ihre Wirksamkeit ist unabhängig (Abstraktionsprinzip).
- Beispiel: Der Kaufvertrag kann unwirksam sein, während die Übereignung davon unberührt bleibt.

▼ Was ist ein Schuldverhältnis und nach welchen Bestimmungen ist es unterlegen?
Wie entsteht es, welche Arten hat es und was kann Inhalt davon sein?

Das Schuldverhältnis nach § 241 BGB:

- Spezielle Verbindung zwischen (mindestens) zwei Personen.
- Gläubiger hat Recht, vom Schuldner eine Leistung zu fordern.
- Leistung kann auch ein Unterlassen sein.

Entstehung von Schuldverhältnissen:

- Durch Gesetz (z.B. Schadensersatz bei unerlaubter Handlung gem. § 823 ff. BGB).
- Durch vertragliche Vereinbarung (z.B. Kaufvertrag gem. § 433 BGB).

Arten von Schuldverhältnissen:

- Einmaliger Leistungsaustausch möglich (z.B. Kaufvertrag über Regal).
- Dauerschuldverhältnisse möglich (z.B. Mietvertrag über Wohnung).

Inhalt von Schuldverhältnissen:

- Gesetzliche Schuldverhältnisse: Inhalt festgelegt.
- Vertragliche Schuldverhältnisse: Privatautonomie bestimmt Inhalt.

▼ Wie und wo ist der **Kaufvertrag geregelt?**

Der Kaufvertrag:

- Geregelt in §§ 433 ff. BGB.
- Gegenseitig verpflichtender Vertrag.
- Verkäufer verpflichtet zur Veräußerung eines Vermögensgegenstandes.
- Käufer verpflichtet zur Zahlung eines Kaufpreises.
- Beide Parteien sind Gläubiger und Schuldner.
- Schuldrechtliches Verpflichtungsgeschäft.
- Begründet Verpflichtungen zum Handeln.

Wechsel der rechtlichen Zuordnung:

- Kaufgegenstand und Kaufpreis ändern rechtliche Zuordnung nicht sofort.
- Verkäufer bleibt nach Vertragsschluss Eigentümer der Kaufsache.
- **Verfügungsgeschäfte erforderlich:**
- Übereignungsverträge für Kaufsache und Geld sind notwendig.

▼ Wie muss die Form eines Kaufvertrags sein?

- Keine grundsätzliche Formvorschrift für den Kaufvertragsabschluss.
- **Ausnahmen:**
 - § 311 b Abs. 1 Satz 1 BGB: Notarielle Beurkundung für Grundstückskäufe.
 - § 311 b Abs. 3 BGB: Notarielle Beurkundung für Vermögenskaufverträge.

▼ Was kann Gegenstand eines Kaufvertrags sein?

Gegenstand des Kaufvertrages:

- Umfasst verschiedene Elemente:
 - Sachen in verschiedenen Aggregatzuständen (z.B. Immobilien, Maschinen, Flüssigkeiten, Gas).
 - Rechte (z.B. Wertpapiere, Gesellschaftsanteile, Lizenzen für Marken und Patente).
 - Sachgesamtheiten (z.B. Warenlager, Unternehmen).

- Sonstige vermögenswerte Rechte (z.B. Erfindungen, Know-how, Hardware und Software).

Leistungsverpflichtung des Verkäufers (§ 433 Abs. 1 BGB):

- Verkäufer muss dem Käufer die Sache übergeben und Eigentum daran verschaffen.
- Die übergebene Sache muss frei von Sach- und Rechtsmängeln sein (§ 433 Abs. 1 Satz 2 BGB).

▼ Was ist die Stückschuld oder Gattungsschuld??

Stückschuld oder Speziesschuld:

- Leistungsgegenstand ist individuell bestimmt.
- Verkäufer verpflichtet sich zur Lieferung eines ganz bestimmten Stücks.
- Beispiel: Antike Vase, Gebrauchtwagen.

Gattungsschuld (§ 243 BGB):

- Leistungsgegenstand ist nach allgemeinen Merkmalen bestimmt.
- Es wird eine Sache aus einer bestimmten Gattung geschuldet.
- Gemäß § 243 Absatz 1 BGB werden Sachen "mittlerer Art und Güte" geschuldet.

Beispiel:

- Kaufvertrag über 3 Kilo Äpfel.
- Verkäufer muss keine besten Äpfel liefern, aber auch keine besonders schlechte Qualität wählen.

Beschränkte Gattungsschuld:

- Begrenzung auf vorhandenen Vorrat (z.B. 20 Zentner Weizen aus Silo X).
- Oder Begrenzung auf bestimmte Sorte (z.B. 5 Kilo Tomaten der Sorte "Gärtnerglück").

▼ Was ist **Konkretisierung**?

- Eine Gattungsschuld wird zur Stückschuld, wenn der Schuldner alle notwendigen Schritte für die Leistung unternommen hat.
- Leistungsverpflichtung wird auf ein spezifisches Stück begrenzt.

- Schritte des Schuldners richten sich nach der getroffenen Vereinbarung.
- Hängt davon ab, ob die Sache dem Gläubiger überbracht, zugeschickt oder zur Abholung bereitgestellt werden muss.
- **Relevanz der Stückschuld - Gattungsschuld Unterscheidung:**
- Besonders wichtig, wenn die Sache zerstört wird.
- Bei Stückschuld wird Schuldner bei Unmöglichkeit von der Leistungspflicht befreit (§ 275 Abs. 1 BGB).
- Bei Gattungsschuld muss der Schuldner liefern, solange die Leistung aus der Gattung noch möglich ist und keine Konkretisierung stattgefunden hat.

▼ Welche Modalitäten der Leistung gibt es?

Leistungsort (= Erfüllungsort):

- Ort, an dem der Schuldner seine Leistungsverpflichtung erfüllen muss.
- Ort der Durchführung der Leistungshandlung.

Erfolgsort (auch Bestimmungs- oder Ablieferungsort):

- Ort, an dem der Leistungserfolg eintritt.
- Ort, an dem die Sache übergeben oder der Leistungserfolg erreicht wird.

Bestimmung von Leistungs- und Erfolgsort:

- Normalerweise von den Parteien festgelegt.

▼ Was ist **Holschuld**?

§ 269 Abs. 1 und 2 BGB - Leistungsort:

- Wenn Parteien keinen Ort bestimmt haben und es sich aus den Umständen nicht ableiten lässt, ist der Leistungsort der Wohnort oder die gewerbliche Niederlassung des Schuldners.
- Verkäufer erbringt seine Leistungshandlung, indem er die Sache für den Käufer repariert, bereitstellt und den Käufer darüber informiert.
- Sowohl der Leistungs- als auch der Erfolgsort befinden sich beim Schuldner.

▼ **Fall Holschuld:** Viktor Velo (V) verkauft an Peter Pedale (P) ein gebrauchtes Fahrrad für

200 €, ohne dass etwas über die Erfüllungsmodalitäten vereinbart wird

Gesetzliche Regelung gemäß § 269 BGB:

- Gemäß der gesetzlichen Regelung des § 269 BGB gilt, dass P (der Schuldner) verpflichtet ist, das Fahrrad bei V (dem Gläubiger) abzuholen.
- In diesem Fall liegen sowohl der Leistungs- als auch der Erfolgsort bei V.

▼ Was ist **Bringschuld**?

Bringschuld:

- Es kann vereinbart werden, dass der Verkäufer die Kaufsache dem Käufer persönlich überbringt.
- Der Verkäufer erfüllt seine Leistung, indem er die Sache dem Käufer an dessen Wohnort oder gewerblicher Niederlassung übergibt.
- In diesem Fall liegen sowohl der Leistungs- als auch der Erfolgsort am Wohnsitz oder der gewerblichen Niederlassung des Käufers

▼ **Fall Bringschuld:** Aber V und P vereinbaren, dass V das Fahrrad zu überbringen hat.

Hier haben die Parteien die gesetzliche Regel des § 269 BGB vertraglich abgeändert. Es ist eine Bringschuld vereinbart.

wenn es sich um eine **Bringschuld** handelt und der Verkäufer die Kaufsache persönlich beim Käufer abgibt, liegen sowohl der Leistungs- als auch der Erfolgsort am Wohnsitz oder der gewerblichen Niederlassung des Käufers (P).

▼ Was ist **Schickschuld**?

Schickschuld:

- Es kann vereinbart werden, dass der Verkäufer die Kaufsache an den Käufer versenden muss.
- Der Verkäufer erfüllt seine Leistungshandlung, wenn er die Sache absendet.
- Der Leistungsort ist am Wohnsitz des Verkäufers, der Erfolgsort liegt am Wohnort des Käufers.

▼ **Fall Schickschuld:** Aber V und P vereinbaren, dass V das Fahrrad an P zu übersenden hat.

Es ist eine Schickschuld vereinbart

→ Leistungs- und Erfolgsort liegen bei P

▼ Was ist Geldschuld und welchen Bestimmungen ist es Unterlegen?

- Eine Geldschuld bedeutet, dass der wirtschaftliche Wert durch eine Geldsumme ausgedrückt wird.

- Begleichung erfolgt entweder durch Übergabe von Bargeld gemäß §§ 929 ff. BGB oder durch bargeldlose Zahlung per Buchgeld.
- Bei bargeldloser Zahlung vermittelt der Schuldner dem Gläubiger durch Überweisung oder Kreditkartenzahlung einen Anspruch gegen ein Kreditinstitut, das die Aufwendungen des Schuldners begleicht.
- **Zahlungsunfähigkeit und Leistungsverpflichtung:**
- Zahlungsunfähigkeit entbindet den Schuldner nicht von seiner Verpflichtung ("Geld hat man zu haben").
- Der Schuldner kann sich nicht auf Geldmangel berufen, es sei denn, dies würde sein Existenzminimum gefährden (unter Berücksichtigung von Pfändungsfreigrenzen im Zwangsvollstreckungsrecht).
- Eine Ausnahme besteht bei Bürgschaft durch mittellose Angehörige des Hauptschuldners für dessen Bankkredit gemäß § 138 Abs. 1 BGB (BGH NJW 1994, 1341 ff.).

▼ Was sind die Vertraglichen Nebenpflichten?

Vertragliche Nebenpflichten:

- Im Rahmen von Verträgen müssen Parteien eine sinnvolle Durchführung sicherstellen und vor vermeidbaren Schäden schützen (aus § 242 BGB abgeleitet).
- Beinhaltet Aufklärungspflichten, Sorgfaltspflichten und mehr.

Beispiel:

- V verkauft eine wertvolle chinesische Vase aus der Ming-Dynastie an K.
- V muss die Vase sorgfältig verpacken, um Schäden während des Versands zu vermeiden.

Gewährleistung beim Kaufvertrag:

- Voraussetzungen:
 - Wirksamer Kaufvertrag.
 - Vorhandensein eines Mangels.
 - Kein Ausschluss der Gewährleistung.

▼ Was besagt der "neue Sachmangelbegriff" seit 1.1.22?

- Neufassung des § 434 BGB.

- Eine Sache ist mangelfrei, wenn sie bei Gefahrübergang den subjektiven und objektiven Anforderungen sowie Montageanforderungen entspricht.

Subjektive Anforderungen (§ 434 Abs. 2 BGB):

- Kaufgegenstand muss vereinbarte Beschaffenheit haben.
- Muss für die vorausgesetzte Verwendung geeignet sein.
- Übergabe mit vereinbartem Zubehör und Anleitungen.

Beispiel (§ 434 Abs. 2 Nr. 1 BGB):

- Verkauf eines Unfallwagens als "unfallfrei".

Objektive Anforderungen (§ 434 Abs. 3 BGB):

- Sache muss für gewöhnliche Verwendung geeignet sein.
- Sache muss übliche Beschaffenheit aufweisen, die bei Sachen der gleichen Art üblich ist.
- Öffentliche Äußerungen des Verkäufers oder Werbung sollen berücksichtigt werden.

Beispiel (§ 434 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 BGB):

- Bücherregal bricht zusammen, wenn Bücher eingestellt werden.

Beispiel (§ 434 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 BGB):

- PKW beworben mit sechs Airbags, hat aber nur vier.

Mangel bei Mengenabweichung (§ 434 Abs. 3 S. 2 BGB).

Beispiel (§ 434 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BGB):

- Abweichung von zur Verfügung gestellter Probe.

Beispiel (§ 434 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 BGB):

- Lieferung ohne erwartetes Zubehör oder Anleitung.

Beispiel (§ 434 Abs. 4 BGB):

- Fehlerhafte Montage oder Montageanleitung.

Beispiel (§ 434 Abs. 5 BGB):

- Lieferung einer anderen Sache (aliud-Lieferung).

▼ **Fall Sachmangel:** V und K schließen einen Kaufvertrag über einen Zentner Kartoffeln.

Liegt jeweils ein Sachmangel vor?

Variante 1:

- V liefert einen Zentner verfaulte Kartoffeln.
- Hier liegt eine Qualitätsabweichung vor gemäß § 434 Abs. 3 S. 1 und S. 2 BGB.

Variante 2:

- V liefert einen halben Zentner einwandfreie Kartoffeln.
- Hier liegt eine Mengenabweichung vor gemäß § 434 Abs. 2 S. 2 und Abs. 3 S. 2 BGB.

Variante 3:

- V liefert einen Zentner einwandfreie Tomaten.
- Hier liegt eine Aliudlieferung vor gemäß § 434 Abs. 5 BGB.
- Die Kaufsache muss der individuellen Beschaffenheitsvereinbarung entsprechen.
- Sie muss objektiv für die Verwendung geeignet sein oder eine übliche Beschaffenheit für Sachen der gleichen Art aufweisen.
- Es ist bemerkenswert, dass ein Kaufgegenstand nun auch mangelhaft sein kann, wenn er der vereinbarten Beschaffenheit vollständig entspricht, aber nicht für gewöhnliche Verwendung geeignet ist.

V6 - Gewährleistung beim Kaufvertrag / Verschiedene Arten des Kaufs

▼ Was ist in einem Kaufvertrag Gewährleistet?

Gewährleistung beim Kaufvertrag:

1. **Wirksamer Kaufvertrag:** Es muss ein rechtsgültiger Kaufvertrag vorliegen.
2. **Vorliegen eines Mangels:** Ein Mangel an der gekauften Sache muss vorhanden sein.
3. **Kein Ausschluss der Gewährleistung:** Die Möglichkeit zur Gewährleistung darf nicht ausgeschlossen sein.

▼ Was besagt das Gesetz des "neuen digitalen Sachmangel" seit 1.1.22 für Kaufsachen mit digitalen Elementen?

Neuer digitaler Sachmangel seit 1.1.22 für Kaufsachen mit digitalen Elementen gem. §§ 475 b ff. BGB:

1. Betrifft Produkte mit digitalen Elementen wie Smartwatches, Smart-TVs, Smartphones, Laptops, Heimcomputer.
2. Der Sachmangelbegriff basiert auf § 434 BGB, jedoch mit ergänzender Anwendung von § 475b BGB.
3. Gemäß § 475b Abs. 2 BGB muss die Sache bei Übergabe den Anforderungen entsprechen und zusätzlich Aktualisierungen pflegen.
4. Gemäß § 475b Abs. 3 Nr. 2 BGB müssen vereinbarte Aktualisierungen für digitale Elemente bereitgestellt werden.
5. Gemäß § 475b Abs. 4 BGB muss die Sache Aktualisierungen erhalten, die für eine vertragsgemäße Nutzung während des erwarteten Zeitraums notwendig sind. Es besteht eine verbindliche Aktualisierungspflicht.

▼ Was ist **Rechtsmangel**?

Rechtsmangel gem. § 435 BGB:

Verkäufer muss für uneingeschränkte Nutzung sorgen (Qualitativ einwandfrei & entspricht der vereinbarten Sache). Keine Rechte Dritter am Kaufgegenstand, z.B. Pfandrechte oder Mietrecht.

▼ Welche **Rechte** hat der Käufer bei Mangel?

Rechte des Käufers bei Mangel:

1. **Nacherfüllung (§ 437 Nr.1 i.V.m. § 439 BGB):** Käufer kann Nachbesserung oder Nachlieferung verlangen.

Nachbesserung = Beseitigung des Mangels

Nachlieferung = Lieferung einer mangelfreien Sache

2. **Ausschluss/Einschränkung der Nacherfüllung:** Bei Unmöglichkeit oder Stückschuld.

Beispiel:

Der gekaufte Gebrauchtwagen hat einen schweren Mangel, der nicht repariert werden kann. Eine Nachbesserung ist nicht möglich, eine Nachlieferung ist nicht möglich, weil es sich um eine Stückschuld handelt.

3. **Verweigerungsmöglichkeit für Verkäufer:** Bei geringem Reparaturaufwand im Verhältnis zum Kaufpreis.

Beispiel:

Motorrad für 15.000 €, defekte Dichtung, Reparaturaufwand 150 €. Verkäufer kann Nachlieferung ablehnen, nur Anspruch auf Nachbesserung.

Kauf eines Kugelschreibers für 1,50 €, klemmende Feder. Reparaturkosten für Nachbesserung wären 2,00 €, Anspruch auf Nachlieferung.

4. **Rücktritt (§ 437 Nr.2 i.V.m. §§ 440, 323, 326 Abs.5 BGB):** Bei erheblichem Mangel nach Fristsetzung.

▼ Wann ist eine **Nacherfüllung** bei Rechtsmangel nicht nötig?

- **Unmöglichkeit der Nacherfüllung (§§ 275, 326 Abs.5)**
- **Endgültige Verweigerung der Nacherfüllung (§§ 323 Abs.2 Nr.1, 440 S.1)**
- **Verspätete Lieferung bei vereinbarter Frist (§ 323 Abs.2 Nr.2)**
- **Fehlgeschlagene Nacherfüllung (§ 440 S.2)**
- **Unzumutbarkeit der Nacherfüllung (§§ 323 Abs.2 Nr.3, 440 S.1)**

Rücktritt (§ 437 Nr.2 i.V.m. § 440, 323, 326 Abs.5 BGB):

Der Kaufvertrag wird in ein Rückgewährschuldverhältnis umgewandelt. Käufer gibt Kaufgegenstand zurück und erhält Kaufpreis zurück.

Minderung (§ 437 Nr.2 i.V.m. § 441 BGB):

Herabsetzung des Kaufpreises nach Verhältnis von mangelhaftem Wert zum Wert ohne Mangel.

Schadenersatz statt der Leistung und Aufwendungsersatz (§ 437 Nr.3 BGB):

- Lieferung mangelhaft
- Verkäufer oder Hilfspersonen sind verantwortlich
- Frist zur Nacherfüllung verstrichen
- Schaden oder Aufwendungen entstanden.

▼ Wann bekommt man Schadenersatz statt der Leistung und Aufwendungsersatz?

Schadenersatz statt der Leistung und Aufwendungsersatz (§ 437 Nr.3 BGB):

- Lieferung mangelhaft
- Verkäufer oder Hilfspersonen verantwortlich (§ 278 BGB)
- Frist zur Nacherfüllung verstrichen
- Schaden oder Aufwendungen entstanden.

▼ Was ist die Berechnungsformel für Minderung?

Geminderter Kaufpreis = Vereinbarter Kaufpreis × Wert mit Mangel : Wert ohne Mangel

Beispiel:

Käufer (K) kauft eine Kaffeemaschine von Verkäufer (V) für 40 €. Das Gerät ist aufgrund eines Defekts nur 10 € wert, ohne Mangel wäre es 50 € wert.

Geminderter Kaufpreis = $40 \times 10 : 50 = 8 \text{ €}$

- Minderung erfordert erfolgloses Verstreichen der Nacherfüllungsfrist.
- Bei bereits gezahltem Kaufpreis Anspruch auf Erstattung des Mehrbetrags gemäß § 441 Abs. 4 BGB.
- Minderung auch bei unerheblichem Mangel möglich, im Gegensatz zum Rücktritt.

▼ Wann verjähren Gewährleistungsansprüche?

Verjährung der Gewährleistungsansprüche:

- **§ 438 Abs.1 Nr.3 BGB:** Normalerweise zwei Jahre Verjährungsfrist.
- Frist beginnt mit Lieferung der Ware (§ 438 Abs.2 BGB).

Verjährung innerhalb der regelmäßigen Verjährungsfrist, wenn der Verkäufer den Mangel

arglistig verschwiegen hat (**§ 438 Abs.3**)

→

§ 195 BGB: 3 Jahre

▼ Wie sehen die Garantieansprüche aus und welchen Bestimmungen sind diese Unterlegen?

Garantieansprüche nach § 443 BGB:

Garantie: Verkäufer oder Dritter sichert Eigenschaften oder Haltbarkeit zu. Käufer hat Rechte aus Garantie und gesetzlichen Gewährleistungsansprüchen.

▼ Wie ist der Haftungsausschluss im Gesetz geregelt? Welche Sonderregeln gibt es? Wie sieht es bei der Beweislastumkehr aus? Welche weiteren Sonderformen des Kaufvertrags gibt es?

Haftungsausschluss:

- **§ 442 Abs.1 S.1 BGB:** Bei Kenntnis des Käufers.
- **§ 444 BGB:** Expliziter Haftungsausschluss durch Vereinbarung.

Sonderregeln beim Verbrauchsgüterkauf §§ 474 ff. BGB:

- Regelungen abweichend von §§ 433 ff. sind unwirksam (§ 476 Abs.1).
- Gewährleistungsfrist kann bei Neukauf nicht verkürzt, bei Gebrauchtkauf um ein Jahr reduziert werden (§ 476 Abs.2).
- Verkürzte Verjährung nur wirksam, wenn im Vertrag ausdrücklich und gesondert vereinbart (§ 476 II S.2).

Beweislastumkehr gem. § 477 BGB:

- Käufer muss normalerweise Mangel bei Übergabe beweisen.
- Beim Verbrauchsgüterkauf wird vermutet, dass Mangel bereits bei Übergabe bestand, wenn im ersten Jahr der zweijährigen Verjährungsfrist ein Mangel auftritt.

Weitere Sonderformen des Kaufvertrags:

- **Kauf auf Probe § 454 BGB:** Kaufvertrag unter Bedingung der Billigung durch Käufer innerhalb bestimmter Frist.
- Ablehnung des Kaufs muss nicht auf objektiven Kriterien beruhen.

Vorkauf §§ 463 ff. BGB:

- Berechtigter kann einen Gegenstand erwerben, den Verpflichteter an Dritten verkauft.
- Berechtigter kann Vorkaufsrecht ausüben, wenn Verpflichteter Kaufvertrag mit Dritten abschließt.
- Vorkaufsrecht bei Grundstücken bis zwei Monate, bei anderen Gegenständen bis eine Woche nach Empfang der Kaufvertragsmitteilung ausübbar (§ 469 Abs.2).
- Verpflichteter muss Vorkaufsberechtigten unverzüglich über Vertragsinhalt informieren (§ 469 Abs. 1).

▼ Was besagt der **Kauf unter Eigentumsvorbehalt**? Welchen Bestimmungen Unterlegt?

Kauf unter Eigentumsvorbehalt (§ 449 BGB):

Beim Kauf unter Eigentumsvorbehalt wird ein unbedingter Kaufvertrag abgeschlossen. Die Übereignung der Kaufsache gemäß § 929 S. 1 BGB erfolgt jedoch unter der aufschiebenden Bedingung der Kaufpreiszahlung.

Beispiel:

Käufer (K) erwirbt einen Fernseher von Verkäufer (V) und zahlt in Raten. V behält sich das Eigentum an dem Fernseher bis zur vollständigen Kaufpreiszahlung vor. K wird Eigentümer, wenn er den gesamten Kaufpreis gezahlt hat.

V7 - Mietvertrag, Leasingvertrag, Franchisevertrag

▼ Was ist ein Mietvertrag und wie kommt er zustande? Was kann Gegenstand davon sein? Welche Formanforderungen gibt es?

Mietvertrag nach § 535 ff. BGB

1. Definition:

- Gegenseitig verpflichtender Vertrag zwischen Vermieter und Mieter.
- Vermieter gewährt zeitweilige Nutzung einer Sache, Mieter zahlt Miete.

2. Zustandekommen:

- Durch Angebot und Annahme (§ 145 ff. BGB).
- Einigung über Mietobjekt, Mietzins und Vertragsdauer.

3. Gegenstand des Mietvertrags:

- Bewegliche Sachen (z.B. Fahrzeuge, Maschinen, Filme).
- Grundstücke und Räume (z.B. Hotelzimmer, Büros, Werbeflächen).
- Rechte können nicht Gegenstand des Vertrags sein.

4. Formanforderungen:

- Mietvertrag grundsätzlich formfrei.
- Ausnahme: § 550 BGB.
- Schriftform bei Mietverträgen über Wohnräume/Grundstücke ab 1 Jahr Laufzeit, trotz zeitlicher Befristung.

▼ Welche Pflichten hat ein Vermieter?

1. **Gebrauchsüberlassungspflicht (§ 535 Abs. 1 BGB):**

- Vermieter muss dem Mieter die tatsächliche Kontrolle über die Mietsache verschaffen.

- Vermieter muss den vertragsgemäßen Gebrauch der Mietsache durch den Mieter erlauben.
- Beispiel: Vermieter muss Motorradausleihe gestatten und dulden, dass Mieter damit fährt.

2. **Gebrauchserhaltungspflicht (§ 535 Abs. 1 Satz 2 BGB):**

- Vermieter muss Handlungen vermeiden, die den vertragsgemäßen Gebrauch der Mietsache stören.
- Beispiel: Vermieter darf den Schlaf des Mieters in einer vermieteten Wohnung nicht durch laute Musik stören.

3. **Instandsetzungspflicht:**

- Vermieter muss die Mietsache in nutzbarem Zustand erhalten.
- Reparaturen und Renovierungen sind auf Kosten des Vermieters vorzunehmen.
- Diese Pflicht kann vertraglich auf den Mieter übertragen werden.

▼ Welche Pflichten hat ein Mieter?

1. **Mietzahlungspflicht (§ 535 Abs. 2 BGB):**

- Mieter muss in der Regel Miete zahlen, oft als Geld, aber auch Sach- oder Dienstleistungen.
- Beispiel: Restaurator M verpflichtet sich, ein Schloss zu restaurieren, anstatt Geld zu zahlen.

2. **Mietzahlungsmodalitäten:**

- Miete wird meist in wiederkehrenden Intervallen bezahlt.
- Mietpreis ist grundsätzlich frei vereinbar, außer bei Wohnraummieten mit besonderem Schutz.

3. **Nebenleistungspflicht des Mieters:**

- Mieter muss vertragsgemäßen Gebrauch einhalten.
- Beispiel: Eine Mietwohnung darf nicht zweckentfremdet als Schrottplatz genutzt werden.
- Keine Überlassung an Dritte ohne Vermietererlaubnis.

4. **Rückgabepflicht (§ 546 Abs. 1 BGB):**

- Mieter muss die Mietsache nach Vertragsende zurückgeben.
- Rückgabe im ordnungsgemäßen Zustand mit üblichen Abnutzungen durch vertragsgemäßen Gebrauch.

▼ Wer haftet bei Mängel der Mietsache?

Haftung bei Mängeln der Mietsache

1. Sachmangel der Mietsache:

- Fehler bei Überlassung oder späterer Entstehung, die den vertragsgemäßen Gebrauch erheblich beeinträchtigen.
- Beispiel: Vermietetes Fahrzeug mit Motorschaden.

2. Rechtsmangel:

- Mieter wird durch Dritte das vertragsgemäße Nutzen der Mietsache verwehrt.
- Beispiel: Vermieter hat die Wohnung doppelt vermietet, einer der Mieter kann sie nicht nutzen.

3. Haftungsvoraussetzungen:

- Vorhandensein eines Mietvertrags.
- Vorliegen eines Sach- oder Rechtsmangels.
- Wesentliche Beeinträchtigung des Gebrauchs.
- Mängelanzeige gemäß § 536c BGB.
- Gewährleistungsausschluss darf nicht vorliegen.
- Keine Verjährung nach §§ 195 ff. BGB.

▼ Welche Rechte hat ein Mieter bei Mängel der Mietsache?

1. Erfüllungsanspruch des Mieters:

- Anspruch auf Nachbesserung gemäß § 535 Abs. 1 Satz 2 BGB.

2. Recht auf Mietminderung (§ 536 Abs. 1 BGB):

- Bei Beeinträchtigung oder Aufhebung des Gebrauchs ist Mieter teilweise oder vollständig von der Mietzahlung befreit.

3. Schadensersatz (§ 536a Abs. 1 BGB):

- Wenn Mangel bereits bei Vertragsschluss vorhanden war.

- Wenn Mangel später entsteht und Vermieter Verantwortung trägt.
- Wenn Vermieter die Mängelbeseitigung verzögert.

4. Aufwendungsersatz (§ 536a Abs. 2 BGB):

- Mieter kann Aufwendungen für Mängelbeseitigung ersetzt verlangen.

5. Fristlose Kündigung aus wichtigem Grund (§ 543 BGB):

- Mieter kann bei schwerwiegenden Mängeln fristlos kündigen.

Ausschluss der Mängelhaftung:

- § 536b BGB bei Mangelkenntnis des Mieters.
- § 536d BGB bei vertraglichem Ausschluss.
- Kein Ausschluss bei arglistigem Verschweigen.

Besonderheit bei Wohnraummiete (§ 536 Abs. 4 BGB):

- Abweichende Vereinbarungen zum Nachteil des Mieters sind unwirksam.

▼ Welche Rechte hat ein Vermieter bei Mietverfehlung?

Rechte des Vermieters bei Mieterverfehlungen

1. Unterlassungsanspruch bei vertragswidrigem Gebrauch:

- Nach Abmahnung kann der Vermieter Unterlassungsklage (§ 541 BGB) einreichen.

2. Kündigungsrecht bei Zahlungsverzug oder Vertragsverletzung:

- Vermieter kann bei Zahlungsausfall oder schwerwiegender Vertragsverletzung kündigen (§ 543 BGB).

3. Schadensersatzanspruch:

- Vermieter kann Schadensersatz verlangen (§ 280 BGB).

4. Entschädigung bei Verletzung der Rückgabepflicht:

- Vermieter kann Entschädigung verlangen, wenn Mieter die Mietsache nicht ordnungsgemäß zurückgibt (§ 546a Abs. 1 BGB).

5. Besondere Regelungen für Wohnraummiete (§§ 549 ff. BGB):

- Vermieter hat gesetzliches Pfandrecht an eingebrachten Sachen des Mieters (§ 562 BGB).

6. Schutz des Mieters bei Veräußerung:

- Kauf beeinflusst Mietverhältnis nicht (§ 566 BGB).
- Käufer tritt in bestehende Rechte und Pflichten aus Mietvertrag ein.

Beendigung des Mietverhältnisses:

- Einvernehmlich durch Aufhebungsvertrag.
- Ordentliche Kündigung mit Einhaltung der Fristen (§ 542 Abs. 1 BGB).
- Außerordentliche Kündigung bei schwerwiegenden Gründen (§ 543, § 569 für Wohnraummiete).

▼ Welche Franchising arten gibt es?

- Produktionsfranchising (Bspw. Franchisenehmer erhält Gewürzmischung & Know how für Herstellung der "Würst-Wurst")
- Vertriebsfranchising (Bspw. Nutzlosundteuer-Kosmetikprodukte)
- Dienstleistungsfranchising (Bspw. Fast-Food-Ketten, Autovermietung)

V8 - Leihvertrag/Dienstvertrag/Werkvertrag

▼ Was ist ein Leihvertrag?

Leihvertrag nach §§ 598 ff. BGB

1. Definition:

- Unentgeltliche Gebrauchsüberlassung einer Sache.
- Keine Gegenleistung vom Entleiher.
- Kein gegenseitig verpflichtender Vertrag.

2. Gegenstand des Leihvertrags:

- Nur Sachen können verliehen werden, keine Rechte.

3. Pflichten des Entleihers:

- Vertragsmäßiger Gebrauch (§ 603 BGB).
- Schutzpflichten während Leihzeit, insbesondere sorgfältige Aufbewahrung (§ 241 Abs. 2 BGB).
- Rückgabepflicht nach Vertragsende (§ 604 BGB).

4. Haftung des Verleihers:

- Verleiher haftet nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit (§ 599 BGB) wegen unentgeltlicher Überlassung.
- Haftung bei Sach- und Rechtsmängeln nur bei arglistigem Verschweigen (§ 600 BGB).

▼ Was ist ein Mietvertrag?

Verträge beinhalten die Gebrauchsüberlassung einer Sache.

Der Leihvertrag ist unentgeltlich, der Mietvertrag entgeltlich

▼ Was ist eine Dauerleihgabe im Leihvertrag

- Unbefristete Leihe.
- Kündbar durch vertragliche oder gesetzliche Regeln.
- Beispiel: Kunstsammler K verleiht Kunstwerke an ein Museum.

Beendigung des Leihvertrags:

- Endet nach vereinbarter Leihzeit (§ 604 Abs. 1 BGB).
- Bei unbestimmter Dauer: Rückgabe nach angemessenem Gebrauch (§ 604 Abs. 2 BGB).
- Ohne klare Leihdauer: Verleiher kann jederzeit zurückfordern (§ 604 Abs. 3 BGB).
- Bei festgelegter Leihzeit kann Verleiher erst danach die Sache zurückverlangen.

▼ Was ist eine Vergütungspflicht?

Vergütungspflicht:

- Dienstberechtigter muss vertraglich vereinbarte Vergütung leisten.
- Stillschweigende Vereinbarung bei Diensten, die üblicherweise Vergütung erwarten lassen (§ 612 Abs. 1 BGB).

Höhe der Vergütung:

- Bei fehlender Festlegung: Taxmäßige Vergütung bei vorhandener Gebührenordnung.
- Sonst übliche Vergütung gilt (§ 612 Abs. 2 BGB).

Haftung des Dienstnehmers:

- Verletzung von Pflichten nach §§ 280 ff. BGB.
- Keine speziellen Regeln für mangelhafte Dienstleistungen.

Sonderformen des Dienstvertrags:

- **Arbeitsvertrag (§ 611a BGB):** Eigenständig geregelt seit April 2017.
- **Behandlungsvertrag (§§ 630a ff. BGB):** Behandelnder schuldet sachverständige Behandlung, nicht Genesung des Patienten.

▼ Was ist ein Werkvertrag?

Werkvertrags gemäß den §§ 631 ff. BGB:

1. **Vertragsparteien:**

- Werkunternehmer (Auftragnehmer)
- Besteller (Auftraggeber)

2. **Hauptverpflichtungen:**

- Werkunternehmer: Herstellung eines Werkes (Sache oder Dienstleistung)
- Besteller: Zahlung der vereinbarten Werklohnvergütung

3. **Werkarten:**

- Herstellung, Veränderung oder Reparatur einer Sache
- Erzielung eines bestimmten Erfolgs durch Dienstleistung

4. **Vergütung:**

- Vereinbarter Werklohn, abhängig von Vertrag und Absprache

5. **Vertragsklarheit:**

- Klare Festlegung von Spezifikationen und Zahlungsbedingungen

Beispiele:

- Errichtung eines Hauses
- Reparatur einer Maschine
- Aktualisierung eines Computerprogramms
- Erstellung eines Gutachtens

▼ **Fall:** Werkleistungen von Architekten und Ingenieuren werden, soweit nichts anderes vereinbart wird, nach der „Honorarordnung für Architekten und Ingenieure“ (HOAI) vergütet

- Gemäß § 641 BGB ist die Vergütung bei Abnahme fällig, wodurch der Werkunternehmer in Vorleistung geht.
- § 632a BGB erlaubt Abschlagszahlungen für abgeschlossene Teile des Werks oder benötigte Materialien. Dies entlastet den Werkunternehmer finanziell während des Projekts.

▼ Haftungsausschluss im Werkvertrag möglich?

- **Vertraglicher Haftungsausschluss (§ 639 BGB):** Ein Haftungsausschluss ist möglich, es sei denn der Unternehmer hat den Mangel arglistig verschwiegen oder eine Garantie für die Qualität des Werkes übernommen.
- **Gesetzlicher Haftungsausschluss (§ 640 III BGB):** Wenn der Besteller den Mangel des Werkes bei der Abnahme kennt, kann es zu einem Haftungsausschluss kommen.

V9 - Bürgschaftsvertrag / Deliktrecht

▼ Was ist eine Bürgschaft?

Bürgschaft gemäß §§ 765 ff. BGB:

- **Definition:** Einseitiger Vertrag zwischen Gläubiger und Bürge.
- **Zweck:** Absicherung der Verbindlichkeit eines Dritten.
- **Beteiligte:** Schuldner (Hauptschuldner), Gläubiger, Bürge (Bürgschaftsschuldner).
- **Verpflichtung:** Der Bürge steht ein für die Schulden des Dritten, falls dieser nicht zahlen kann.
- **Sicherheit:** Bürge sichert Verbindlichkeit des Dritten für den Gläubiger ab.

▼ Welche Formanforderungen hat die Bürgschaftserklärung?

- **Formanforderung (§ 766 BGB):** Die Bürgschaftserklärung muss schriftlich erfolgen. Diese Anforderung dient der besonderen Sicherheit des Vertrages.
- **Ausnahme für Kaufleute:** Kaufleute können sich mündlich verbürgen (§ 350 HGB).
- **Formheilung (§ 766 Satz 3 BGB):** Wenn der Bürge auf die Hauptschuld leistet, wird der Formmangel geheilt.

▼ Was ist vorher Notwendig, um einen Bürgen zur Haftung zu ziehen?

- **Akzessorietät der Bürgenschuld (§ 767 Abs. 1 BGB):** Bürgenschuld hängt von Hauptschuld ab; endet bei ungültiger Hauptschuld.
- **Subsidiarität der Bürgenschuld (§ 771 BGB):** Bürge erst nach erfolgloser Zwangsvollstreckung gegen Hauptschuldner haftbar.

▼ Welche Gegenrechte hat der Bürge?

- **Einreden (§ 768 BGB):** Der Bürge kann die Einreden verwenden, die dem Hauptschuldner zustehen.

- **Einrede der Vorklage (§ 771 BGB):** Der Bürge kann die Zahlung verweigern, bis der Gläubiger erfolglos gegen den Hauptschuldner vollstreckt hat.
- **Ausschluss der Einrede (§ 773 Nr. 1 BGB):** Die Einrede der Vorklage kann vertraglich ausgeschlossen werden.

▼ **Fall:** B bürgt für eine Schuld des S. Als er von Gläubiger G in Anspruch genommen wird, meint er, dass sich G erst an S wenden müsse. Im Übrigen bestehe im Hinblick auf die Hauptschuld ein Anfechtungsgrund, den er gegenüber G geltend machen könne. Mit Recht?

- **Bestehen der Hauptschuld:** Die Hauptschuld muss zunächst bestehen.
- **Anfechtung:** Wenn die Hauptschuld durch Anfechtung untergeht, hängt es davon ab, wer das Anfechtungsrecht hat. Wenn S (Hauptschuldner) das Recht hat, bleibt die Hauptschuld bestehen.
- **Wirksamer Bürgschaftsvertrag:** Ein gültiger Bürgschaftsvertrag muss vorhanden sein.
- **Einreden:** Der Bürge kann Einreden geltend machen, z.B. die Anfechtbarkeit als Einrede aus der Hauptschuld (§ 770 Abs. 1 BGB) oder die Einrede der Vorklage (§ 771 BGB).
- **Fazit:** Wenn der Bürge gegen die Hauptschuld Einreden hat, kann der Gläubiger keinen Anspruch gegen den Bürgen geltend machen.

▼ **Fall Deliktrecht:** Rudi Rüpel (R) fährt aus Unachtsamkeit den Radfahrer Lutz Langsam (L)

an. L stürzt und bricht sich das Bein. Er muss Arztkosten in Höhe von 500 € aufwenden, die ihm nicht von der Krankenkasse erstattet werden.

L hat einen Anspruch gegen R aus § 823 Abs.1 BGB auf Ersatz seines Schadens in Höhe von 500 €.

Dieses gesetzliche Schuldverhältnis entsteht unabhängig von dem Willen der Parteien.

▼ Wann gilt widerrechtliches Handeln als gerechtfertigt?

in der Regel bei Rechtsgutsverletzung gegeben
ausgeschlossen, wenn Rechtfertigungsgründe eingreifen
z.B. Notwehr (§ 227 BGB), Nothilfe (§ 228 BGB)

Beispiele:

Benno Böses (B) Kampfhund Wotan stürzt sich auf Lutz Langsam (L). L darf Wotan mit seinem Regenschirm schlagen und damit das Eigentum des B verletzen.

L darf auch eine Latte aus dem Zaun des Grundstückseigentümers Udo Unbeteiligt (U) reißen und damit Wotan schlagen. Er verletzt das Eigentum des U nicht widerrechtlich.

▼ **Fall:** Die Brille des B ist irreparabel zerstört, er kann sie daher nicht mehr gebrauchen

1. **Eigentumsverletzung:** Die Brille von B ist irreparabel zerstört, was eine Eigentumsverletzung darstellt.
2. **Kausalität:** Die Handlung von R, der B ins Gesicht schlägt, hat den Bruch des Nasenbeins und die Zerstörung der Brille verursacht.
3. **Rechtswidrigkeit:** Da keine Rechtfertigungsgründe ersichtlich sind, liegt Rechtswidrigkeit vor.
4. **Verschulden:** R hat B absichtlich und wissentlich ins Gesicht geschlagen, was Vorsatz und Verschulden begründet.
5. **Schaden:** Die Handlung führte zu Kosten für Krankenhausbehandlung und einer neuen Brille, was einen Vermögensschaden darstellt.

Rechtsfolge:

- Ersatz des materiellen Vermögensschadens (Behandlungskosten und Anschaffungskosten für die Brille).
- Anspruch auf Schmerzensgeld gemäß § 253 BGB aufgrund von Körperverletzung.

Es wird erwähnt, dass Schutzgesetze verletzt wurden, wie § 223 I StGB (vorsätzliche Körperverletzung) und § 303 StGB (vorsätzliche Sachbeschädigung).

Ergebnis:

B hat einen Anspruch auf Schadensersatz und Schmerzensgeld gemäß § 823 I BGB in Verbindung mit §§ 223 I, 303 StGB. Die Verletzung von Schutzgesetzen bestärkt diesen Anspruch.

V10 - Gefährdungshaftung / Sachrecht / Produkthaftung

▼ Was ist Gefährdungshaftung?

- **Definition:** Haftung für Schäden aus legalen, aber gefährlichen Aktivitäten.
- **Kraftfahrzeughalterhaftung gemäß § 7 Abs. 1 StVG:**
 - Halter eines KFZ muss Schäden ersetzen, die durch den Betrieb des Fahrzeugs verursacht wurden.
 - Schäden durch Verletzung von Personen oder Beschädigung von Sachen.
- **Hintergrund:** Haftung basiert auf der potenziellen Gefahr von Fahrzeugen im Straßenverkehr.
- **Expertenrat:** Bei rechtlichen Fragen sollten Fachleute wie Rechtsanwälte konsultiert werden.

▼ Wer haftet, wenn durch ein Haustier ein Mensch verletzt oder getötet wird?

Haftung des Tierhalters nach § 833 BGB:

- **Haftungsbereich:** Der Tierhalter muss Schäden ersetzen, die durch sein Tier verursacht werden.
- **Schäden:** Umfassen Verletzung oder Tötung von Menschen sowie Sachbeschädigung.
- **Halterdefinition:** Halter ist jemand, der über das Tier eine dauerhafte Kontrolle und Entscheidungsbefugnis hat, nicht nur vorübergehend.
- **Verschulden:** Im Gegensatz zu anderen Haftungsfällen ist kein Verschulden des Tierhalters notwendig.

▼ Was ist Produkthaftung?

- **Definition:** Haftung des Herstellers für Produktmängel und resultierende Schäden, insbesondere im Hinblick auf Sicherheitsaspekte.

- **Umfang:** Betrifft das Produktsicherheitsgesetz (ProdSG) im weiteren Sinne und das Gesetz über die Haftung für fehlerhafte Produkte (ProdHaftG) im engeren Sinne.
- **Produktsicherheitsgesetz (ProdSG):** Regelt umfassend die Sicherheit von Produkten auf dem Markt, um Gefahren für Verbraucher zu minimieren.
- **Gesetz über die Haftung für fehlerhafte Produkte (ProdHaftG):** Spezifiziert die Haftung des Herstellers, wenn ein fehlerhaftes Produkt Schäden verursacht.

▼ Was besagt das Produktsicherheitsgesetz?

Produktsicherheitsgesetz (ProdSG) im Überblick:

- **Ziel:** Umsetzung der europäischen Richtlinien für das Inverkehrbringen und die Bereitstellung von Produkten auf dem Markt.
- **Verantwortliche:** Hersteller, Importeure und Händler sind verpflichtet, sichere Produkte auf den europäischen Markt zu bringen.
- **Bereiche:** Regelt Sicherheitsanforderungen für technische Geräte, Verbraucherprodukte und überwachungsbedürftige Anlagen.
- **Kennzeichnungen:** Regelungen für CE-Kennzeichnung und das GS-Zeichen.
- **Sicherheit:** Produkte dürfen nur in den Verkehr gebracht werden, wenn sie keine oder nur eine geringe Gefahr für Verbraucher darstellen.
- **Händlerpflichten:** Ein Händler darf kein Produkt auf den Markt bringen, von dem er weiß oder wissen muss, dass es nicht den produktsicherheitsrechtlichen Anforderungen entspricht.

▼ Was ist Sinn des Produkthaftungsgesetz? und was besagt es?!

Produkthaftungsgesetz (ProdHaftG) im Überblick:

- **Zweck:** Haftung des Herstellers für Produkte mit Fehlern, die Menschen, Sachen oder Gesundheit schädigen.
- **Haftungsbereich (§ 1 ProdHaftG):** Der Hersteller ist zur Schadensersatzpflicht verpflichtet, wenn sein Produkt einen Menschen tötet oder verletzt oder eine Sache beschädigt.
- **Produktdefinition (§ 2 ProdHaftG):** Umfasst bewegliche Sachen, Teile von Sachen und Elektrizität.

- **Fehlerhaftes Produkt (§ 3 ProdHaftG):** Ein Produkt ist fehlerhaft, wenn es nicht die erwartete Sicherheit bietet.
- **Rechtsgutsverletzung:** Haftung erfordert die Verletzung von Rechtsgütern wie Leben, Gesundheit und Sachwerten.
- **Herstellerdefinition (§ 4 ProdHaftG):** Umfasst den tatsächlichen Hersteller, Quasihersteller und Importeur.
- **Haftungsausschluss:** Ein vertraglicher Haftungsausschluss ist nicht möglich, gesetzliche Haftungsausschlussgründe müssen vom Hersteller dargelegt und bewiesen werden.
- **Beweislast (§ 1 Abs. 4 ProdHaftG):** Der Geschädigte trägt die Beweislast für Produktfehler, Schaden und die Kausalität.
- **Haftungsumfang:** Ersatzfähig sind Schäden an Personen und Sachen, nicht jedoch Schäden am fehlerhaften Produkt selbst.
- **Verjährung (§ 12 ProdHaftG):** Drei Jahre ab Kenntniserlangung vom Schaden. Endgültiger Erlöschen des Anspruchs nach 10 Jahren ab Inverkehrbringen des Produkts.

▼ Was ist Zweck des Sachenrechts? Welche Grundprinzipien hat es?

- **Gesetzliche Grundlage:** Geregelt im 3. Buch des BGB (§§ 854 - 1296 BGB).
- **Zweck:** Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen Personen und Sachen.
- **Sachenbegriff (§ 90 BGB):** Sachen sind körperliche Gegenstände.
- **Typenzwang:** Im Sachenrecht ist die Vertragsfreiheit eingeschränkt. Vorgegebene Rechtsinstitute können nur begrenzt verändert werden.
- **Grundprinzipien des Sachenrechts:**
 - **Publizitätsprinzip:** Zuordnung von Eigentum und dinglichen Rechten anhand äußerlich erkennbarer Umstände.
 - **Absolutheit der dinglichen Rechte:** Dingliche Rechte wirken gegenüber jedermann.
 - **Spezialitätsgrundsatz:** Klarheit über übertragene Sachen im Moment der dinglichen Einigung.
 - **Typenzwang:** Beschränkung der Vertragsfreiheit, keine eigenen neuen dinglichen Rechte.

- **Abstraktionsprinzip:** Dingliches Geschäft ist von schuldrechtlichem Verpflichtungsgeschäft unabhängig.

▼ Was ist eine Sache? Was sind Unbewegliche und Bewegliche Sachen?

- **Sachenbegriff:** Körperliche Gegenstände, aber keine Elektrizität oder Wärme. Räumliche Abgrenzung ist notwendig, z.B. Benzin im Kanister.
- **Unbewegliche Sachen:** Grundstücke, abgegrenzte Teile der Erdoberfläche im Grundbuch.
- **Bewegliche Sachen:** Körperliche Gegenstände, die keine Grundstücke sind.
- **Besitzerwerb (§ 854 BGB):** Tatsächliche Gewalt über eine Sache erlangen. Beispiel: Kauf eines Laptops, Mitnahme nach Hause.
- **Natürlicher Besitzwille:** Notwendig für Besitzerwerb, Geschäftsfähigkeit ist nicht erforderlich.
- **Besitzmittlungsverhältnis (§ 868 BGB):** Unmittelbarer und mittelbarer Besitz. Beispiel: Mieter (unmittelbar) und Vermieter (mittelbar) eines Fahrzeugs.
- **Besitzdiener (§ 855 BGB):** Besitz ausübende Person ohne eigentlichen Besitz. Soziales Abhängigkeitsverhältnis notwendig, z.B. Arbeitnehmer im Betrieb.
- **Alleinbesitz:** Einzelne Person übt alleinige tatsächliche Sachherrschaft aus.
- **Mit- oder Teilbesitz:** Mehrere Personen teilen sich den Besitz an einer Sache.

▼ Wann endet ein **Besitz**? Welchen Regeln ist das Eigentumsrecht unterlegen?

- **Ende des Besitzes (§ 856 BGB):** Der Besitz endet, wenn der Besitzer die tatsächliche Gewalt über die Sache aufgibt oder sie verliert. Beispiel: Abstellen eines alten Sessels zum Sperrmüll.
- **Vermutetes Eigentum (§ 1006 BGB):** Der Besitzer einer beweglichen Sache wird vermutlich als Eigentümer dieser Sache angesehen.
- **Verbotene Eigenmacht (§ 858 BGB):** Widerrechtliches Handeln, das den Besitz entzieht oder stört. Dies führt zu Abwehransprüchen des Besitzers gemäß §§ 859 ff. BGB.
- **Eigentum (§ 903 BGB):** Rechtliche Herrschaft über eine Sache, inklusive Verfügungsbefugnis und Ausschlussrechten.

- **Alleineigentum:** Eine Sache gehört nur einer Person.
- **Miteigentum nach Bruchteilen:** Mehrere Personen besitzen eine Sache gemeinsam, wobei jeder über seinen Anteil verfügen kann (§§ 1008 ff. BGB).
- **Gesamthandseigentum:** Mehrere Personen besitzen eine Sache gemeinsam, wobei die Anteile gebunden sind und nicht einzeln verfügbar sind, z.B. bei einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR).
- **Herausgabeanspruch (§ 985 BGB):** Der Eigentümer kann die Herausgabe der Sache vom Besitzer verlangen, sofern der Besitzer kein Recht zum Besitz gemäß § 986 BGB hat.

V11 - Sachenrecht

▼ Was besagt **Übergabesurrogate im Sachenrecht**?

Die Übergabe kann ersetzt werden durch:

1. **Besitzkonstitut (§ 930 BGB):** Vereinbarung eines Besitzmittlungsverhältnisses, bei dem der Erwerber mittelbarer Besitzer wird, während der Veräußerer unmittelbarer Besitzer bleibt.

Beispiel:

A veräußert seinen Rasenmäher an B. Die Parteien schließen einen Leihvertrag für die Zeit, bis A seinen neuen Aufsitzrasenmäher erhält

2. **Abtretung des Herausgabeanspruchs (§ 931 BGB):** Veräußerer und Erwerber vereinbaren die Übertragung des Herausgabeanspruchs gegenüber Dritten, um den Besitz zu erlangen.

Beispiel:

A hat seinen Rasenmäher an seinen Nachbarn N verliehen. Er veräußert den Rasenmäher an B und tritt seinen Herausgabeanspruch aus § 604 BGB an B ab

▼ Was besagt das Abstraktionsprinzip?

Verpflichtungsgeschäft: Begründung einer Leistungsverpflichtung

Verfügungsgeschäft: Änderung der dinglichen Rechtslage durch Erfüllung der Leistungsverpflichtung

▼ Welche Bedingungen müssen beim Einigsein bei der Übergabe erfüllt sein?

- Bei getrenntem Einigsein und Übergabezeitpunkt muss die Einigung zum Übergabezeitpunkt noch gültig sein.
- Das Fortbestehen der Einigung wird grundsätzlich vermutet, aber Umstände können den Eigentumsübergang verhindern (z.B. Geschäftsunfähigkeit).
- Der Veräußerer muss berechtigt sein:
 - Entweder selbst Eigentümer der Sache sein.
 - Oder der Eigentümer hat ihm die Befugnis zur Übereignung gegeben.

▼ Was ist ein Gutgläubiger Eigentumserwerb?

- Eine Eigentumsübertragung kann gültig sein, auch wenn der Veräußerer nicht Eigentümer ist.
- Durch §§ 932 ff. BGB wird die Übereignung ermöglicht.
- Der gute Glaube des Erwerbers an das Eigentum des Veräußerers ersetzt die fehlende Berechtigung zur Eigentumsübertragung.

▼ Was besagt die negative Definition der Gutgläubigkeit?

Negative Definition der Gutgläubigkeit (§ 932 II BGB):

- Der Erwerber ist nicht in gutem Glauben, wenn ihm bekannt ist oder infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt ist, dass die Sache nicht dem Veräußerer gehört.

Ausschluss des gutgläubigen Erwerbs (§ 935 BGB):

- Der gutgläubige Erwerb ist ausgeschlossen, wenn die Sache dem Berechtigten gestohlen, verloren gegangen oder sonst wie abhanden gekommen ist.

Beispiel: Benno Böse (B) entwendet das Fahrrad von Peter Pedale (P) und verkauft es auf dem Trödelmarkt an den nichts ahnenden Anton Ahnungslos (A).

Da das Rad gestohlen wurde, kann A daran kein Eigentum erwerben, auch wenn er gutgläubig ist

▼ **Fall:** A leiht B seine Spiegelreflexkamera. Weil B dringend Geld benötigt, veräußert er die Kamera an den gutgläubigen C, dem er vorspiegelt, der Eigentümer zu sein, zu einem Preis von 120 €.

Hat C das Eigentum an der Kamera erworben?

ursprünglich war **A** Eigentümer der Kamera (gem. Rechtsschein §1006 **BGB**)

Besteht nun ein Eigentumsübertrag gem. 929 S.1 BGB?

Voraussetzungen:

- Einigung (gerichtet auf die Eigentumsübertragung) und Übergabe
- Hier keine Einigung über Eigentumsübertragung, sondern nur über

zeitweise Überlassung

→ keine Eigentumsübertragung an B gem. § 929 S.1 BGB

1. Einigung zwischen B und C über Eigentumsübertragung (+):

- Bestätigung der Einigung zur Eigentumsübertragung von A an B
- Vereinbarung zwischen B und C, dass C das Eigentum erhält

2. Übergabe (+):

- Physische Übergabe der Kamera von B an C
- Tatsächlicher Wechsel der tatsächlichen Gewalt über die Sache

3. B ist Nichtberechtigter:

- B besitzt nicht das Recht, das Eigentum an C zu übertragen

4. Gutgläubigkeit von C entscheidend:

- C muss im guten Glauben an B's Eigentumsberechtigung gehandelt haben
- Erfüllt, wenn C nicht wusste oder grob fahrlässig nicht erkannte, dass B nicht berechtigt war

5. Kein Abhandenkommen nach § 935 I BGB:

- A hat B die Kamera freiwillig geliehen
- Kein unfreiwilliger Verlust des Besitzes an B

Ergebnis:

C wird durch die erfüllten Voraussetzungen (Einigung, Übergabe, Nichtberechtigung von B, Gutgläubigkeit von C) Eigentümer der Kamera. Zudem liegt kein Abhandenkommen gemäß § 935 I BGB vor, da A die Kamera freiwillig an B geliehen hatte.

▼ **Fall:** Student Benno Böse (B) findet in der Stadtbibliothek H zwei Bücher, die ihn interessieren.
Bei dem ersten Buch handelt es sich um ein Fachbuch zur Physik, bei dem anderen um einen Abenteuerroman. B beschließt, nur den Abenteuerroman regulär auszuleihen und das Fachbuch aus der Bibliothek zu entwenden. Er begibt sich mit dem

Abenteuerroman

zur Ausleihe und lässt ihn da verbuchen, anschließend verlässt er mit beiden Büchern die

Bibliothek. Nachdem B beide Bücher ausgelesen hat, verfällt er auf den Gedanken, beide Bücher an den Antiquar Arno Alt (A) zu verkaufen. Er entfernt aus beiden Bänden fein säuberlich alle

Hinweise, die auf Bücher aus einer Leihbibliothek schließen lassen. Sodann verkauft B an A

den Roman für 15 € und das Fachbuch für 30 € und händigt A beide Bände aus.

Nach Ablauf der Leihzeit klärt sich der ganze Vorfall auf.

Frage: Kann H von A Herausgabe der beiden Bücher verlangen?

1. Eigentumsfrage:

- Ursprünglich gehörten die Bücher H (+)
- Keine Eigentumsübertragung an B (-)

2. Eigentumsübergang an A durch Einigung mit B und Übergabe der Bücher gemäß §§ 929 S.1, 932 BGB?

- Einigung zwischen B und A über Eigentumsübertragung (+)
- Übergabe der Bücher (+)
- B ist Nichtberechtigter
- Eigentum geht auf A über, da dieser gutgläubig ist (+), B hat Bibliothekskennzeichen entfernt

3. Abhandenkommen gem. § 935 I BGB?

- Abenteuerroman wurde ordnungsgemäß entliehen, H hat Besitz freiwillig aufgegeben
- Kein unfreiwilliger Verlust des unmittelbaren Besitzes, kein Abhandenkommen des Abenteuerromans
- Fachbuch wurde gestohlen, unfreiwilliger Verlust des unmittelbaren Besitzes, Abhandenkommen des Fachbuchs

4. Zwischenergebnis:

- Gutgläubiger Eigentumserwerb am Fachbuch nicht möglich, H bleibt Eigentümerin

- Abenteuerroman wurde von A gutgläubig erworben, H hat Eigentum daran verloren

5. **Besitz von A am Fachbuch:**

- A übt tatsächliche Sachherrschaft über das Fachbuch aus, ist Besitzer gemäß § 854 BGB

6. **Recht zum Besitz von A gegenüber H:**

- A hat kein Recht zum Besitz gegenüber der Eigentümerin H gemäß § 986 I BGB

Ergebnis:

Hat Anspruch gegen A auf Herausgabe des gestohlenen Fachbuchs gemäß § 985 BGB.

Kein Anspruch auf Herausgabe des Abenteuerromans, da H Eigentum daran durch gutgläubigen Erwerb durch A verloren hat.

▼ **Fall:** Handwerker H baut Fenster in das Haus des Grundstückseigentümers A ein. Durch den Einbau verliert H das Eigentum an den Fenstern, und zwar unabhängig davon, ob er i.S.d. § 929 BGB eine Übereignung vornehmen wollte

Vermischung gem. § 948 BGB bei **untrennbarer Verbindung**

▼ **Fall:** Verarbeitung gem. § 950 BGB

Wer eine neue bewegliche Sache herstellt, erwirbt das Eigentum daran. Beispiel Stofflieferant L verliert sein Eigentum an dem Stoff, wenn die Schneiderin S daraus einen Mantel näht.

Entschädigungsanspruch gem. § 951 BGB

▼ Welche Arten von Gesetzlichem Eigentumserwerb gibt es nach BGB?

1. **Eigentum an herrenlosen beweglichen Sachen nach § 958 I BGB:**

- Wer eine herrenlose bewegliche Sache in Eigenbesitz nimmt, erwirbt das Eigentum daran.
- Eine Sache ist herrenlos, wenn sie niemandem gehört oder der Eigentümer den Besitz aufgibt.

2. **Ersitzung nach § 937 I BGB:**

- Wer 10 Jahre lang eine bewegliche Sache in Eigenbesitz hat, erwirbt das Eigentum daran.

- Ausschluss bei Bösgläubigkeit gemäß § 937 II BGB.

3. **Verbindung gemäß §§ 946, 947 BGB:**

- Verbindung von beweglichen Sachen und Grundstücken oder mehreren beweglichen Sachen zu wesentlichen Bestandteilen.

4. **Vermischung gemäß § 948 BGB:**

- Eigentumsfragen bei untrennbarer Verbindung von Sachen.

5. **Verarbeitung gemäß § 950 BGB:**

- Herstellung einer neuen beweglichen Sache führt zum Eigentumserwerb.
- Beispiel: Stofflieferant verliert Eigentum, wenn Schneiderin daraus einen Mantel näht.

6. **Entschädigungsanspruch gemäß § 951 BGB:**

- Anspruch auf Wertersatz, wenn Eigentümer der verarbeiteten oder vermischten Sache Entschädigung verlangt.

V12 - Allgemein

▼ Wer ist Kaufmann nach §1 HGB?

Ist-Kaufmann:

- Betreibt **Handelsgewerbe** §1 HGB
- Handelsgewerbe ist jeder Gewerbebetrieb und erfordert Kaufmännische Einrichtung

▼ Was sind die Voraussetzungen für die Kaufmannseigenschaft gem §2 HGB?

Kann-Kaufmann:

- Muss ein Gewerbe ausgeübt werden → Keine kaufmännische Einrichtungen erforderlich
- Firmen des Gewerbetreibenden muss ins Handelsregister eingetragen werden

▼ Was ist ein Handelsgewerbe? Was ist ein Gewerbe?

- **Handelsgewerbe:** Gewerbe, bei dem nach Art und Umfang kaufmännische Einrichtungen erforderlich sind §1 HGB
- **Gewerbe:** jede erlaubte, auf Gewinnerzielung gerichtete und auf Dauer angelegte selbständige Tätigkeit.

▼ Was ist ein "Freier Beruf"?

Selbstständig ausgeübter Beruf im wirtschaftlichen, künstlerischen, unterrichtenden, Schriftstellerischen oder erzieherischen Bereich bspw. Rechtsanwalt

▼ **Fall:** Simon Sandale verkauft mit seinem „Bauchladen“ an Markttagen Schnürsenkel. Damit betreibt er ein Gewerbe. Allerdings ist eine kaufmännische Organisation für seinen kleinen Betrieb nicht erforderlich. Hat er die Kaufmannseigenschaft?

Als Kleingewerbetreibender betreibt er daher kein Handelsgewerbe gem. § 1 Abs.2 HGB.

Er kann aber die Kaufmannseigenschaft gem. § 2 HGB erlangen, wenn er seine Firma ins Handelsregister eintragen lässt

▼ Ist ein Land- und Forstwirt ein Kaufmann?

1. **Grundprinzip:** Land- und Forstwirte sind standardmäßig keine Kaufleute nach § 1 HGB.
2. **Besondere Regelung:** Ein Land- oder Forstwirt kann jedoch zum Kaufmann werden, wenn:
 - Sein Unternehmen einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert.
 - Er sich freiwillig in das Handelsregister eintragen lässt.
3. **Eintragung ins Handelsregister:** Die Eintragung hat konstitutive Wirkung, d.h., sie begründet den Status als Kaufmann.
4. **Freiwillige Eintragung:** Im Gegensatz zum klassischen Kaufmann (Istkaufmann) kann der land- oder forstwirtschaftliche Unternehmer selbst entscheiden, ob er die Eintragung vornehmen möchte.
5. **Landwirtschaft:** Umfasst eigene Bodennutzung, wie Anbau von Obst, Gemüse, Getreide, Viehzucht, Erzeugung und Verarbeitung tierischer Produkte.
6. **Forstwirtschaft:** Bezieht sich auf die wirtschaftliche Nutzung von Wäldern.

▼ Was ist ein **Fiktivkaufmann**?

1. **Regelung:** Gemäß § 5 HGB wird nicht widerlegbar vermutet, dass ein im Handelsregister eingetragener Gewerbetreibender ein Kaufmann ist.
2. **Fiktion:** Diese gesetzliche Vermutung behandelt den zu Unrecht im Handelsregister eingetragenen Nichtkaufmann wie einen Kaufmann.
3. **Gutgläubigkeit:** Dabei spielt die Gutgläubigkeit des Rechtsverkehrs keine Rolle.
4. **Voraussetzung:** Es muss sich um einen echten Gewerbebetrieb handeln, d.h., die betreffende Person oder Firma muss tatsächlich geschäftliche Aktivitäten ausüben.
5. **Scheinkaufmann gemäß § 5 HGB analog i.V.m. § 242 BGB:**
 - Wenn jemand fälschlicherweise vorgibt, Kaufmann zu sein, ohne dass dies durch eine unrichtige Registereintragung erfolgt.
 - Beispiel: Verwendung von Briefpapier mit der Bezeichnung "Firma Schluck Spirituosenhandel".

- Konsequenz: Gegenüber gutgläubigen Dritten muss sich die betreffende Person als Kaufmann behandeln lassen, wenn sie als solcher aufgetreten ist.

▼ Was ist ein **Formkaufmann**?

Formkaufmann gemäß § 6 HGB:

1. **Anwendung der Vorschriften:** Kaufmannsregeln gelten für Handelsgesellschaften (§§ 1-5 HGB).
2. **Personenhandelsgesellschaften:** OHG, KG, EWIV in Deutschland.
3. **Zweckgerichteter Betrieb:** Bei Zweck auf Handelsgewerbe gemäß §§ 105, 161 Abs. 1 HGB.
4. **Kapitalgesellschaften gemäß § 6 Abs. 2 HGB:**
 - GmbH, AG, KGaA, eG.
 - Kaufmannseigenschaft durch Rechtsform.
5. **Kaufmannseigenschaft durch Eintragung:** Automatisch mit Handelsregistereintrag.
6. **Unabhängig vom Gegenstand:** Rechtsform bestimmt Handelsgewerbe.

▼ **Fall:** Rechtsanwalt R nimmt einen Abendtrunk in der Bar „Zur heiligen Kuh“. Dort trifft er den Feinkosthändler F und eine Runde der ansässigen Kauflleute, die ihren wöchentlichen Stammtisch abhalten. R und F fühlen sich zu Unrecht von der Runde ausgeschlossen. Es kommt zum Streit darüber, ob R und F als „Kaufmann“ anzuerkennen seien. R verweist auf seine gutgehende Rechtsanwaltskanzlei. F räumt ein, sein Geschäft mit nur zwei Angestellten und auch nur mit einem Umsatz von 10.000 € pro Monat zu betreiben, aber immerhin behalte er davon „satte 3.000 € Gewinn“ über. Daraufhin eskaliert der Streit.
Sind R und F Kauflleute?

1. **Voraussetzung:** Betreiben eines Handelsgewerbes.
2. **Gewerbe gemäß § 1 Abs.1 HGB:**
 - Äußerlich erkennbare, erlaubte, selbstständige Tätigkeit.
 - Nicht "freier" Beruf.
3. **Beispiel R:** Rechtsanwalt → freier Beruf, kein Gewerbe.

4. **Zwischenergebnis:** R ist kein Kaufmann, eventuell F könnte Kaufmann sein.

Prüfung der Kaufmannseigenschaft von F:

1. **Handelsgewerbe gemäß § 1 Abs.2 HGB:**

- Erfordernis eines kaufmännisch eingerichteten Geschäftsbetriebs.

2. **Art des Geschäftsbetriebs:**

- Einfache Umsatzgeschäfte, Barzahlung, keine komplizierten Vorgänge.
- Keine speziellen kaufmännischen Einrichtungen notwendig.

3. **Umfang des Geschäftsbetriebs:**

- Zwei Beschäftigte, Umsatz von 10.000 € pro Monat.
- Keine umfangreichen kaufmännischen Einrichtungen notwendig.

Ergebnis:

F betreibt kein Handelsgewerbe und ist daher kein Kaufmann gemäß § 1 HGB. Er kann sich als Kleingewerbetreibender in das Handelsregister eintragen lassen, um gemäß § 2 HGB Kaufmann zu werden.

V13 - Firma

▼ Was ist eine Firma?

Name eines Kaufmanns, unter dem er Geschäft betreibt (§17 HGB)

Beispiel:

Der Möbelhändler Erwin Eiche führt sein Geschäft unter der Firma Erwin Eiche. Nach seinem Tod wird das Unternehmen von seiner Nichte Frieda Fichte fortgeführt.

Die Firma kann nun heißen

- Firma Erwin Eiche
- Firma Erwin Eiche, Inhaberin Frieda Fichte
- Firma Frieda Fichte

▼ Wie entsteht eine Firma?

- Bei Kaufleuten mit Handelsgewerbe durch **erstmaligen Gebrauch** im Handelsverkehr §1 HGB
- Bei eingetragenen Kleingewerbetreibenden & Kannkaufleuten durch Eintragung ins Handelsregister §2,3 HGB

▼ Was sind Grundsätze der Firmenbildung?

Firma muss zur Kennzeichnung des Kaufmanns geeignet sein

Gem. § 18 Abs.1 HGB muss die Firma zur Kennzeichnung des Kaufmanns geeignet sein und Unterscheidungskraft besitzen.

- Firmenwahrheit
- Firmenbeständigkeit
- Firmeneinheit
- Firmenausschließlichkeit
- Firmenöffentlichkeit

▼ Was ist **Firmenwarheit**?

Firmenwahrheit

Die Firma muss wahr sein, die Öffentlichkeit darf nicht irregeführt werden (§ 18 Abs.2 HGB)

→ Die Firma soll den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen und keine täuschenden Zusätze enthalten.

Der Firmenkern muss den Rechtsträger und seine Rechtsnatur erkennbar machen

Beispiele:

- Der Einzelkaufmann Bruno Böse firmiert unter „Bruno Böse und Co.“
- Bruno Böse firmiert unter „ Bruno Böse, internationaler Lebensmittelhandel, e.K.“, obwohl das Geschäft keine internationalen Beziehungen unterhält.
- Bruno Böse ist Dr. jur. Er hat einen Großhandel für medizinische Geräte. Der Dr.-Zusatz suggeriert dem Rechtsverkehr, dass dem Unternehmen ein besonderes medizinisches Fachwissen zugute kommt

▼ Was ist **Firmeneinheit**?

Kaufmann darf für ein Unternehmen nur eine Firma führen für sichere Kennzeichnung

▼ Was ist **Firmenausschließlichkeit**?

Unternehmen müssen sich unterscheiden, um Verwechslungen zu verhindern. Bei der Gründung eines Handelsgeschäfts müssen die Handelsregister-Einträge beachtet werden. Wenn Firmennamen gleich sind, benötigen sie einen Zusatz.

▼ Was ist Firmenöffentlichkeit?

Die Firma muss bekannt gegeben werden.

Verpflichtung des Kaufmanns zur Eintragung in das Handelsregister gem. § 29 HGB

Bekanntmachung der Handelsregistereintragungen gem. § 10 HGB

V14 - Firma/Firmenfortführung/Hilfspersonen des Kaufmanns

▼ Was ist gemeint mit **Schutz der Firma?**

- Die zu Recht geführte Firma wird geschützt (§12, 1004, 823 BGB)
- Nutzt jemand unberechtigt die Rechte einer Firma, besteht ein privatrechtlicher Unterlassungsanspruch (§37 HGB)
- Firmenmissbrauchsverfahren (§37 HGB)
- Firma ist mit dem Unternehmen verbunden
 - → Kann also nicht ohne das Handelsgeschäft, für welches sie geführt wird (§23 HGB)

▼ Was sind die Bestimmungen einer **Firmenfortführung?**

Wenn jemand ein Handelsgeschäft kauft und unter demselben Namen weiterführt, ist er für alle Schulden & Verpflichtungen des vorherigen Eigentümers verantwortlich (**§25 HGB**)

Beispiel:

Kaufmann K betreibt einen Lebensmittelgroßhandel. Er bezieht von seinem Lieferanten L 100 Gläser Gewürzgurken. L hat einen Anspruch auf Zahlung des Kaufpreises gegen K aus § 433 II BGB.

Veräußert K seinen Lebensmittelgroßhandel an A, der das Unternehmen unter der bisherigen Firma fortführt, haftet A für die Kaufpreisforderung des L.

→ L hat einen Anspruch gegen A auf Zahlung des Kaufpreises aus § 433 II BGB, § 25 I S.1 HGB

15

Der Erwerber haftet für alle im Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten, egal aus welchem Rechtsgrund (Vertrag, Delikt etc.)

Beispiel:

Der LKW des von K betriebenen Speditionsunternehmens wird in einen Unfall verwickelt. A, der die Firma fortführt, haftet für Schadensersatzansprüche der Geschädigten.

Ausgeschlossen sind private Schulden des früheren Inhabers.

▼ Was ist **Rechtsfolge?**

Erwerber eines Handelsgeschäfts haftet als Gesamtschuldner neben dem Veräußerer. Also früherer Inhaber bleibt verpflichtet bis Geschäftsübergang

Ausnahme §25 HGB Verjährung der Ansprüche nach 5 Jahre

Parteien können auch abweichende Vereinbarungen treffen, also vertraglich vereinbaren, dass der Erwerber nicht für Verbindlichkeiten

haftet, aber nur wenn im

Handelsregister eingetragen §25HGB II

▼ Wie geht es mit einem Unternehmen weiter, wenn ein Unternehmensübergang durch Erbfolge stattfindet?

- Wird es weitergeführt vom Erben, gilt weiterhin §25 HGB
- Wird es nicht fortgeführt, haftet Erbe nach Erbrecht

▼ Was ist ein Prokurist? (Prokura)

- Ein **besonderer handelsrechtlicher Stellvertreter**, dessen Vollmacht auf Rechtsgeschäft beruht und Umfang der Vertretungsmacht gesetzlich festgeschrieben ist (§48HGB)
- Erteilung und Erlöschung von Prokura ist eintragungspflichtig und kann nur von Kaufmann erteilt werden (Persönlich)
- Prokurist ist zu allen Geschäften und Rechtshandlungen eines Handelsgewerbes berechtigt

Beispiel

P ist im Betrieb des K als Betriebsleiter angestellt und hat Prokura.

Der Betrieb des K handelt mit Edelstahl. P hat hier nicht nur Vertretungsmacht zum Einkauf eines größeren Postens Stahl, sondern er ist ebenfalls bevollmächtigt, für den Betrieb einen neuen LKW zum Kaufpreis von 100.000 € anzuschaffen.

Beispiel:

K erteilt seinem Angestellten P wirksam Prokura, weist ihn aber an, keine Geschäfte abzuschließen, die ein größeres Volumen als 50.000 € beinhalten.

P kauft in seiner Eigenschaft als Prokurist des K bei V einen LKW für 75.000 €.

Zwischen V und K ist ein Kaufvertrag zustande gekommen, weil die Beschränkung im Außenverhältnis keine Wirkung hat

▼ Was ist der Unterschied eines Prokuristen und eines Handlungsbevollmächtigten?

Jede andere Vollmacht, die ein Kaufmann für das Handelsgewerbe erteilt und nicht Prokura ist, ist eine **Handlungsvollmacht (§54HGB)**

- Handlungsvollmacht ist nicht eintragungsfähig
- Umfang der Handlungsvollmacht ist frei bestimmbar vom Vollmachtgeber

▼ Was ist ein Handelsvertreter?

Ein **selbstständiger** Gewerbetreibender, der ständig damit betraut ist, für ein **anderes** Unternehmen Geschäfte zu vermitteln oder abzuschließen (§84 HGB)

▼ Was ist ein handelsmarkler?

▼ Was ist ein Rechtsmangel und was ist ein Sachmangel?

Rechtsmangel: Kaufsache muss die vereinbarte Beschaffenheit aufweisen, welche vereinbart wurde

Rechtsmangel: Kein dritter darf Rechte haben an der Sache

V15 - Handelsgeschäft/Schweigen auf kaufmännisches Bestätigungsschreiben/Handelskauf

▼ **Fall:** K erteilt seinem Angestellten P wirksam Prokura, weist ihn aber an, keine Geschäfte abzuschließen, die ein größeres Volumen als 10.000 € beinhalten. P kauft in seiner Eigenschaft als Prokurist des K bei V eine Maschine für 12.000 €. Ist hier ein wirksamer Kaufvertrag zwischen K und V zustande gekommen?

- keine unmittelbare Einigung zwischen V und K
 - wirksame Stellvertretung gem. § 164 BGB?
 - Eigene Willenserklärung des P (+)
 - In fremdem Namen (+)
 - mit Vertretungsmacht?
- keine ausdrückliche Vollmacht
Prokura?
gem. § 48 HGB wirksam erteilt
9
- aber hier Beschränkung der Prokura
 - § 50 I HGB: Beschränkung ist Dritten gegenüber unwirksam
- ☐ Vertretungsmacht (+)
☐ Wirksame Stellvertretung durch P
☐ Kaufvertrag zwischen V und K zustande gekommen

▼ Was ist ein **Handelsgeschäft?** (Paragraph) Was ist die **Vermutungsregel?** (Paragraph)

Alle Geschäfte eines Kaufmanns, die zum Betriebe seines Handelsgewerbes gehören (§343)

- **Gemeint** ist nicht das Geschäftslokal, sondern das einzelne **Rechtsgeschäft**
- Mahnungen und Fristsetzungen sind ebenfalls Rechtsgeschäfte

Beispiel:

Möbelhändler Erwin Eiche kauft 2 Kleiderschränke aus Buchenholz.

Einen Schrank platziert er in seinem Ladenlokal, den anderen Schrank stellt er ins heimische Schlafzimmer.

Der Schrank im Ladenlokal ist Gegenstand eines Handelsgeschäfts, der Schrank im Schlafzimmer ist es nicht.

K ist im Handelsregister eingetragener Installateur. Eines Tages verkauft er seinen Geschäftslieferwagen.

Auch hier tätig er ein Handelsgeschäft, obwohl der Verkauf von Fahrzeugen nicht typischerweise zu seinem Geschäftsbetrieb gehört

Vermutungsregel (§344)

Vom Kaufmann gemachte Rechtsgeschäfte gelten im Zweifel als zum Betrieb des Handelsgewerbes gehörig

▼ Wie kommt ein Handelsgeschäft zustande?

Grundsätzlich nach BGB §145 Angebot und Annahme

Ausnahmen(Keine Annahme nötig): Schweigen auf kaufmännisches Bestätigungsschreiben (§346 HGB)

▼ Was passiert, wenn man auf ein Kaufmännisches Bestätigungsschreiben nicht antwortet?

Empfänger muss Inhalt widersprechen, wenn dieser nicht gegen sich gelten lassen will

→ Kein Widerspruch → Durch Schweigen des Empfängers wird Vertrag Begründet

Beispiel:

A ist Inhaber eines größeren Lebensmitteleinzelhandels und verhandelt telefonisch mit dem Großhändler G über den Ankauf einer größeren Charge Südfrüchte. Es werden mehrfach Kaufpreiszahlen genannt, aber eine Einigung wird nicht erzielt. A geht nach Beendigung des Telefonats davon aus, dass G ihm einen Nachlass von 5 % auf den gesamten Kaufpreis gewähren will, was tatsächlich nicht der Fall ist. Er schreibt einen Brief an G, in dem er G die Vertragsbedingungen, wie er sie verstanden hat, mitteilt. G wirft den Brief in den Papierkorb und reagiert nicht

Folge:

Das Schweigen des G gilt als Einverständnis und hat die Wirkung einer zustimmenden Willenserklärung

→ Der Vertrag ist mit den im Schreiben des A genannten Bedingungen zustande gekommen, also mit dem Preisnachlass in Höhe von 5 %.

▼ Was besagt das **Schweigen auf ein Angebot zur Geschäftsbesorgung (§362 HGB)**?

Wenn ein Geschäftsmann, der Aufträge für andere erledigt, einen Antrag erhält, solche Aufträge zu übernehmen, und er darauf nicht sofort antwortet, wird sein Schweigen automatisch als Zustimmung zu diesem Antrag betrachtet.

Beispiel:

Kaufmann K unterhält ein Wertpapierdepot bei seiner Bank B und beauftragt diese, für ihn bestimmte Aktien zu kaufen.
Das Schreiben geht im Tagesgeschäft unter und der Aktienkauf wird nicht erledigt. B meldet sich auch nicht bei K.
Durch das Schweigen der Bank kommt ein Geschäftsbesorgungsvertrag zustande

▼ Wie schließen handelsleute Verträge ab? (Handelskauf) Gibt es Vorschriften?

Auch durch §433 BGB, es gibt keine eigenen Vorschriften

Nach §377HGB muss der Käufer aber das gekaufte auf mängel prüfen und sofort melden, wenn etwas ist (ohne schuldhaftes zögern), macht er das nicht gilt §377 HGB Abs. 2 **eine Genehmigung der Ware als ordnungsgemäß**

Beispiel:

Bei Lieferung von 12 Konservendosen ist das Öffnen von einer Dose nicht zumutbar, weil der Verlust in keinem Verhältnis zum Umfang der Lieferung steht. Werden 100 Kartons zu je 12 Dosen geliefert, sind Stichproben erforderlich.

▼ Fall: Gemüsegroßhändler G verkauft dem Einzelhändler E 20 Kisten Gurken.

Bei Lieferung wirft E nur einen flüchtigen Blick darauf und bringt die Ware in sein Kühlhaus. So kann er nicht erkennen, dass ein Großteil der Gurken verschimmelt ist. Nach zwei Wochen bemerkt er dies und reklamiert bei G

E hat grundsätzlich einen Anspruch gegen G auf Nachlieferung einwandfreier Ware gem. §§ 437 Nr.1, 439 Abs.1 BGB.

Die zweijährige Verjährungsfrist des § 438 Abs.1 Nr.3 BGB ist noch nicht abgelaufen.

E hat es aber unterlassen, gem. § 377 HGB die Ware zumindest stichprobenartig zu untersuchen und den Mangel unverzüglich zu rügen

→ die Ware gilt als genehmigt

→ E hat keine Gewährleistungsrechte

▼ Was besagt die Kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht?

betrifft Überprüfung

der gelieferten Waren auf Abweichungen von der vertraglich

geschuldeten Leistung hinsichtlich

- Qualität
- Quantität
- Aliudlieferung

V16- Gesellschaftsrecht Beginn

▼ **Fall:** Rot, Blau und Grün sind Gesellschafter der Bunt GbR.

Rot ist an der Gesellschaft mit einer Einlage in Höhe von 20.000 € beteiligt, Blau und Grün sind mit einer Einlage in Höhe von je 5.000 € beteiligt. In einer GbR sind normalerweise nach 709 I BGB nur alle gemeinsam Föhibig, Entscheidungen zu tätigen. Sind andere Wege vorhanden?

Normalerweise müssen nach § 709 I BGB alle gemeinsam zustimmen, aber nach § 709 II BGB kann man mehrheitlich bestimmen, dass sich im Zweifel nach Zahl der Gesellschafter gerichtet wird, **nicht nach höhe der Einlage!!!**

Rot, Blau und Grün sind Gesellschafter der Bunt GbR.

Rot ist an der Gesellschaft mit einer Einlage in Höhe von 20.000 € beteiligt, Blau und Grün sind mit einer Einlage in Höhe von je 5.000 € beteiligt.

Wenn auf der Gesellschafterversammlung Blau und Grün für die Anschaffung stimmen und Rot dagegen ist, kann der Geländewagen angeschafft werden

▼ Was ist **Alleingeschäftsföhrung-** / **Einzelgeschäftsföhrung-** / **Gesamtgeschäftsföhrungsbefugnis** für mehrere Gesellschafter oder einem einzelnen (§710 BGB)

Im Gesellschaftsvertrag kann vereinbart werden, dass nicht alle Gesellschafter an der Geschäftsföhrung beteiligt sind, sondern, dass die Geschäftsföhrung einem oder mehreren Gesellschaftern übertragen wird (§ 710 BGB)

- Alleingeschäftsföhrungsbefugnis - **Wird auf EINEN Gesellschafter übertragen**
- Einzelgeschäftsföhrungsbefugnis - **Für mehrere Gesellschafter**
- Gesamtgeschäftsföhrungsbefugnis - **Für mehrere Gesellschafter**

Beispiel

- Wenn Rot Alleingeschäftsführungsbefugnis erteilt ist, kann er allein über die Anschaffung eines Geländewagens entscheiden. Blau und Grün sind von der Entscheidung ausgeschlossen.
- Haben Rot und Blau Einzelgeschäftsführungsbefugnis, kann jeder von ihnen alleine über die Anschaffung eines Geländewagens entscheiden. Grün ist von der Entscheidung ausgeschlossen.
- Haben Rot und Blau Gesamtgeschäftsführungsbefugnis, gelten die Vorschriften des § 709 BGB entsprechend. Es ist daher abhängig von den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages, ob sie über die Anschaffung eines Geländewagens nur einstimmig oder mehrheitlich entscheiden können. Grün ist von der Entscheidung ausgeschlossen

▼ Was regelt das **Gesellschaftsrecht**?

die Gründung, das Handeln sowie die Auflösung von Gesellschaften

▼ Was besagt das Widerspruchsrecht im Zusammenhang mit Gesellschaften?

§711 BGB

Wenn ein Gesellschafter einem anderen widerspricht bei einem Geschäft, dass er tätigen möchte, muss das Geschäft unterbleiben

Beispiel:

Rot und Blau haben Einzelgeschäftsführungsbefugnis. Blau beabsichtigt, einen Geländewagen anzuschaffen. Rot kann dieser Anschaffung widersprechen, so dass sie unterbleiben muss.

▼ Wann kann einem geschäftsführungsbefugten die Befugnis entzogen werden?

§712 BGB

- grober Fahrlässigkeit
- Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung

▼ Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem **Anspruch nach Aufwendungsersatz** (§713 i.V.m § 670 BGB) und **Verpflichtung, das aus der**

Geschäftsführung erlangte an die Gesellschaft herauszugeben (§713 i.V.m 667 BGB?)

- **Anspruch auf Aufwendungsersatz:** Geschäftsführungsbefugte Gesellschafter haben Recht, Ausgaben, die im Interesse der Gesellschaft getätigt wurden, ersetzt zu bekommen von der Gesellschaft
- **Verpflichtung, das aus der Geschäftsführung:** Geschäftsführungsbefugte Gesellschafter sind verpflichtet, alles was im Rahmen der Geschäftsführungsbefugnis erworben haben an die Gesellschaft zu geben

Beispiel

Rot, Blau und Grün sind Gesellschafter der Bunt GbR. Rot kauft für die Gesellschaft bei Karsten Kariert einen Geländewagen.

Für die Frage, ob Rot auch ohne ausdrückliche Zustimmung von Blau und Grün einen Geländewagen anschaffen durfte, ist das Innenverhältnis zwischen den Gesellschaftern betroffen

→ Geschäftsführungsbefugnis

49

Für die Frage, ob Rot Vollmacht zum Abschluss des Kaufvertrages für die GbR besessen hat, ist das Außenverhältnis zwischen der Gesellschaft und Karsten Kariert betroffen

→ Vertretungsbefugnis des Rot

V17 - BGB - Gesellschaft (GbR)

▼ Was bedeutet **numerus clausus** der Gesellschaftsformen?

Nur Rechtsformen sind zulässig, die der Gesetzgeber in den von ihm geschaffenen Gesetzen zur Verfügung stellt

▼ Zu welchem Zweck kann eine BGB-Gesellschaft gegründet werden?

zu jedem erlaubte Zweck wirtschaftlicher oder ideeller Art,
aber kein Handelsgewerbe

▼ Wem steht die Geschäftsführung einer GbR zu?

Nach §709 BGB allen Gesellschafter gemeinschaftlich

▼ Wie regelt § 714 BGB die Verknüpfung zwischen Geschäftsführungsbefugnis und Vertretungsbefugnis im Innen- und Außenverhältnis, und unter welchen Bedingungen kann gemäß § 715 BGB die Vertretungsmacht wieder entzogen werden?

- Gemäß § 714 BGB ist die Geschäftsführungsbefugnis im Innenverhältnis normalerweise mit der Vertretungsbefugnis im Außenverhältnis verknüpft.
- Gemäß § 715 BGB kann die Vertretungsbefugnis unter bestimmten Umständen wieder entzogen werden.

▼ **Fall:** Rot, Blau und Grün sind Gesellschafter der Bunt GbR. Der Gesellschaftsvertrag enthält keine Regelung über die Geschäftsführung. Er bestimmt jedoch, dass jeder Gesellschafter die GbR alleine vertreten kann. Welche Vorschriften sind zu beachten, wenn Rot einen Geländewagen für die Gesellschaft anschaffen will?

Mangels einer abweichenden Regelung im Gesellschaftsvertrag steht die Geschäftsführung für die Gesellschaft nach § 709 I BGB allen Gesellschaftern gemeinschaftlich zu. Rot, Blau und Grün müssen daher gemeinsam über die Anschaffung eines Geländewagens entscheiden. Der Erwerb des Geländewagens kann dann alleine durch Rot, Blau oder

Grün aufgrund der ihnen im Gesellschaftsvertrag eingeräumten Einzelvertretungsbefugnis erfolgen.

▼ Wodurch entsteht eine Gesellschaftsschuld?

Wenn ein Gesellschafter wirksam eine Verbindlichkeit für die GbR begründet (Ergibt sich aus Vertretungsmacht (§714 BGB))

→ Haftung der GbR: Gläubiger haben Zugriff auf Gesellschaftsvermögen

▼ Wer haftet bei einer GbR?

→ Haftung der Gesellschafter der GbR mit ihrem jeweiligen Privatvermögen gem. § 128 HGB analog

Stichwort teilrechtsfähigkeit

Persönliche Haftung

Ein Gläubiger kann sich wegen eines Zahlungsanspruchs unmittelbar an jeden Gesellschafter wenden und von diesem die Zahlung der Gesellschaftsverbindlichkeit verlangen

Unbeschränkte Haftung

Die Gesellschafter haften nicht nur mit ihrem Anteil am Gesellschaftsvermögen, sondern auch mit ihrem Privatvermögen

▼ **Fall:** Karsten Kariert hat eine Kaufpreisforderung in Höhe von 30.000 € für einen Geländewagen. Sein Anspruch aus § 433 II BGB richtet sich als Gesellschaft gegen die Bunt GbR und gegen Rot, Blau und Grün persönlich; Von wem kann er die Zahlung der 30000€ verlangen?

Er kann in das Gesellschaftsvermögen vollstrecken lassen oder von jedem Gesellschafter Zahlung der 30.000 € verlangen.

Wenn z.B. Rot den gesamten Kaufpreis zahlt, so hat Rot Ausgleichsansprüche gegen Blau und Grün

▼ Woraus ergibt sich das Gesellschaftsvermögen?

- Beiträge der Gesellschafter
- Vermögenswerte der Gesellschaft

- Surrogate wie bspw. Schadensersatz

▼ Was besagt die Gesamthänderische Bindung?

Verfügungsverbot über den Anteil des einzelnen Gesellschafters am Gesellschaftsvermögen

Beispiel

Rot möchte seinen Gesellschaftsanteil gegen Zahlung von 10.000 € an Karsten Kariert abtreten. Der Gesellschaftsvertrag sieht eine Abtretung des Gesellschaftsanteils nicht vor. Blau und Grün sind mit der Übertragung des Anteils auf Karsten Kariert nicht einverstanden.

→ Rot darf seinen Gesellschaftsanteil nicht abtreten

▼ Was sind **Gesellschafterbeschlüsse**? Und was ist Gegenstand von ihnen? Und wofür sind sie erforderlich?

=Entscheidungen der Gesellschafter über einen Antrag

Gegenstände der Beschlussfassung

- Änderungen des Gesellschaftsvertrags
- Geschäftsführungsangelegenheiten
- sonstige gemeinsame Gesellschaftsangelegenheiten

Beschlüsse erforderlich für

- alle Maßnahmen gemeinschaftlicher Geschäftsführung (§ 709 BGB)
- die Entziehung der Geschäftsführungsbefugnis (§712 I BGB)
- die Entziehung der Vertretungsbefugnis (§§ 715, 712 I BGB)

▼ Wie läuft die Beteiligung am Gewinn & Verlust ab bei einer GbR?

- Wird grundsätzlich erst nach Auflösung der GbR verlangt (§721)
- Ist die Gesellschaft von **längerer Dauer**, dann am ende des Jahres (§721 II)

▼ Wann kann eine Ausscheidung eines Gesellschafters erfolgen? Welche Konsequenzen kann das haben?

- Kündigung
- Tot
- Insolvenzverfahren über sein Vermögen

Beispiel

Erwin Eiche und Frieda Fichte haben sich zu einer GbR zusammengeschlossen. Bei Ausscheiden von Erwin Eiche besteht keine Gesellschaft mehr, da kein Zusammenschluss von mehreren Personen vorliegt.

Beispiel

Rot scheidet aus der Bunt GbR aus. Sein Gesellschaftsanteil von einem Drittel fällt nunmehr Blau und Grün zu. Diese beiden haben jetzt jeweils einen Gesellschaftsanteil von einer Hälfte

▼ Was ist für den Eintritt eines Gesellschafters notwendig?

Der Abschluss eines Gesellschaftsvertrags mit den bisherigen Gesellschaftern

Beispiel

Gerda Gestreift möchte in die Bunt GbR eintreten. Rot, Blau, Grün und Gestreift müssen einen entsprechenden Gesellschaftsvertrag schließen.
→ alle Gesellschafter müssen also für den Eintritt sein.

Durch Mehrheitsbeschluss kann ein neuer Gesellschafter nur aufgenommen werden, wenn der Gesellschaftsvertrag dies vorsieht.

Beispiel:

Im Gesellschaftsvertrag ist geregelt, dass durch Mehrheitsbeschluss ein neuer Gesellschafter aufgenommen werden kann. Wenn Blau und Grün für die Aufnahme von Gerda Gestreift stimmen, kann sie eintreten, auch wenn Rot dagegen ist

V18 - OHG

▼ Was ist eine OHG? Welche Regeln greifen bei einer OHG?

Eine Personengesellschaft, deren Zweck entweder

- im Betrieb eines Handelsgewerbes nach §1 II HGB
- oder im Betrieb eines sonstigen Gewerbes nach §2 HGB
- Unternehmens der Land- & Forstwirtschaft §3 HGB
- Eine OHG ist **immer** eine Handelsgesellschaft und damit Kaufmann (§6 HGB)
 - Als Kaufmann führt OHG eine Firma (§17,19 HGB)
- Soweit nicht die Sonderregeln nach §105 HGB eingreifen, gelten gleiche Vorschriften wie bei GbR (§705BGB)



▼ **Fall:** A und B gründen eine Gesellschaft, deren Zweck im Handel mit Computern besteht. Es wird eine Kaufmännische Einrichtung von Art und Umfang benötigt. Um welche Rechtsform handelt es sich hierbei?

Es kann keine GbR sein, es handelt sich also um eine **OHG**, weil es ist eine Kaufmännische Einrichtung von Art und Umfang her erforderlich

▼ **Fall:** A und B gründen eine Gesellschaft, deren Zweck im Handel mit Computern besteht. Aufgrund des von den Gesellschafterin in Aussicht genommenen Geschäftsbetriebes ist nach Art und Umfang kein in kaufmännischer Weise eingerichteter Geschäftsbetrieb erforderlich. Um welche Rechtsform handelt es sich hierbei?

Macht die Gesellschaft von der Möglichkeit einer Handelsregistereintragung keinen Gebrauch, ist eine BGB-Gesellschaft entstanden. Bei Eintragung entsteht eine OHG

▼ Wie entsteht eine OHG?

- Entweder:
 - Im Innenverhältnis: durch Abschluss eines Gesellschaftsvertrags nach §109 HGB (Wird direkt ins Handelsregister eingetragen)
 - Im Außenverhältnis: durch Wirksamwerden von Voraussetzungen §123 HGB (Wird später ins Handelsregister eingetragen)

▼ Wann gilt es als Geschäftsbeginn?

- Es wird im Namen der Gesellschaft & nicht nur im Namen eines Gesellschafters gehandelt
 - erfolgt mit Zustimmung aller Gesellschafter

Beispiele für Geschäftsbeginn:

- Abschluss eines Mietvertrags über Geschäftsräume.
- Ankauf von Einrichtungsgegenständen, Geschäftsfahrzeugen oder Maschinen.
- Bestellung von Geschäftspapier oder Visitenkarten.
- Einstellung von Personal.

▼ Ist die OHG eine juristische Person?

Nein, aber hat eine Teilrechtsfähigkeit nach §124 I HGB

- Kann also
 - Rechte erwerben,
 - verbindlichkeiten eingehen
 - klagen und verklagt werden
 - Eigentum & Rechte erwerben

▼ Was ist ein gewöhnliches Geschäft und was ist ein Ungewöhnliches Geschäft?

Gewöhnliche Geschäfte:

- Alle Geschäfte, die Gegenstand des Unternehmens betreffen
 - Beispiel: Beschaffung, Produktion, Absatz, Marketing....

Außergewöhnliche Geschäfte:

- Überschreiten von Art, Inhalt und Risiko den rahmen von gewöhnlichen Geschäften
 - Beispiel: Einrichtung einer Zweigniederlassung, Baumaßnahmen, Ersteigern von Grundstücken...

▼ **Fall:** Tim Teuer (T) und Nina Nutzlos (N) sind Gesellschafter der T&N OHG, die sich mit dem An- und Verkauf von Waren befasst. T möchte, dass ein neuer Computer angeschafft wird und dass die Gesellschaft auf ihrem Grund ein neues Lagerhaus errichtet

Gem. §§ 114 I, 115 I HGB steht die Entscheidung über die Anschaffung des Computers sowohl T als auch N zu, wenn es sich dabei um eine Maßnahme i.S.d. § 116 I HGB handelt. Dazu gehören sämtliche für den Geschäftsbetrieb erforderlichen Maßnahmen wie z.B. Beschaffung, Produktion, Marketing, Rechnungswesen, Personalwesen.

- Da Gewöhnliches Geschäft, kann diese Maßnahme durch ein Einzelgeschäftsführung für OHG vorgenommen werden
- Bei Prokura vergabe müssen alle Gesellschafter zustimmen: §116 III HGB

▼ Wann ist eine Prokura in einer OHG möglich?

Es braucht Zustimmung aller Gesellschafter (§116 III HGB)

▼ Können Gesellschafter bei einer OHG ausgeschlossen werden?

Ja, wenn die Geschäftsführungsbefugnis übertragen ist, sind die übrigen Gesellschafter nach §114 HGB für Geschäftsführung ausgeschlossen

▼ Wann kann einem Geschäftsführungsbefugten in einer OHG die Befugnis entzogen werden?

§117 HGB

- Antrag der übrigen Gesellschafter
- Gerichtliche Entscheidung

▼ Welche Rechte & Pflichten haben Geschäftsführungsbefugte OHG Gesellschafter?

- Anspruch auf Ersatz von Aufwendungen & Verlust §110 HGB
- Aus Geschäftsführungstätigkeit erlangte muss an Gesellschaft herausgegeben werden (§105 III HGB)
- Nicht geschäftsführungsbefugte Gesellschafter haben Recht nach Information §118 HGB

▼ **Fall:** Die A&B OHG besteht aus den Gesellschaftern A und B. Nach dem Gesellschaftsvertrag ist A alleingeschäftsführungsbefugt. Regelungen über die Vertretung für die Gesellschaft enthält der Gesellschaftsvertrag aber nicht. B sieht ein besonders günstiges Angebot für einen Computer und kauft diesen im Namen der Gesellschaft

B hat gem. § 125 I HGB die Vertretungsbefugnis. Zwar liegt gem. § 114 II HGB ein Ausschluss des B von der Geschäftsführung vor, es fehlt aber im Gesellschaftsvertrag ein Ausschluss von der Vertretung. Daher ist sein Handeln im Außenverhältnis wirksam, obwohl er im Innenverhältnis zur Gesellschaft nicht zum Kauf berechtigt war

▼ Wer haftet bei der OHG?

- Gesellschaft kann unter der Firma Verbindlichkeiten eingehen & verklagt werden (§124 HGB)
- Gesellschafter haften persönlich & gesamtschuldnerisch (§128 HGB)
- Die Haftung ist unbeschränkt. Jeder Gesellschafter haftet unmittelbar und primär, auch mit Privatvermögen

▼ **Fall:** Welche Ansprüche in Bezug auf die Geldbeträge von 600 € und dem vollen Kaufpreis hat der Gläubiger V gegenüber den Gesellschaftern X, Y und Z in Bezug auf einen Kaufvertrag mit der XYZ-OHG, und welche Rechte hat X gegenüber Y und Z in Bezug auf die Rückerstattung von Geld in Höhe von 200 €?

Antwort: Der Gläubiger V hat gegenüber den Gesellschaftern X, Y und Z verschiedene Ansprüche und Rechte:

1. **Anspruch auf Zahlung von 600 €:** V kann von der OHG Zahlung in Höhe von 600 € gemäß den §§ 433 II BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) und 124 HGB (Handelsgesetzbuch) verlangen. Dies bedeutet, dass die OHG als Rechtssubjekt für die Verbindlichkeiten haftet.
2. **Anspruch auf den vollen Kaufpreis von X:** Alternativ kann V auch die Zahlung des vollen Kaufpreises von X gemäß den §§ 433 II BGB, 105 und 128 HGB verlangen. Dies bedeutet, dass X persönlich für die Verbindlichkeit haftet.
3. **Recht von X auf Rückforderung von Y und Z:** Wenn X den vollen Kaufpreis an V gezahlt hat, kann er von den Mitgesellschaftern Y und Z je 200 € verlangen, da sie gesamtschuldnerisch haften und zur Zahlung anteilig verpflichtet sind.

V19 - OHG & KG

▼ Welche Regeln gelten für das Gesellschaftsvermögen einer OHG und was ist erforderlich um es zwangsweise vollstrecken zu können?

- Es gibt keine Sonderregeln, OHG ist wie GbR eine Gesamthandsgemeinschaft
 - Es gilt §718,719 BGB entsprechend §105 III HGB (Also solange nichts anderes vorgeschrieben ist, gelten die Sachen im BGB)
- Zwangsvollstreckung ist nur bei ein gegen Gesellschaft gerichtetes Urteil erforderlich

▼ Welche Anforderungen gelten für Gesellschafterbeschlüsse und für welche Entscheidungen sind diese erforderlich?

- **Anforderungen:** Alle Gesellschafter müssen zustimmen §119HGB
- Benötigt werden Beschlüsse für:
 - Geltendmachung des Eintrittsrechts §113 I HGB: Wenn Gesellschafter in gleichem Geschäftszweig wie Gesellschaft Geschäfte tätigt, aber privat, verstößt er gegen Wettbewerbsverbot
 - Außergewöhnliche Geschäftsführungsmaßnahmen §116 II HGB
 - Beschluss über Ausscheiden eines Gesellschafters §131 III HGB

► Wie werden Gesellschafter bei einer OHG an Gewinn & Verlust beteiligt?

▼ Was sind Gründe fürs Ausscheiden eines Gesellschafters? Welche unzulässige Kündigungsgründe gibt es?

Ausscheiden eines Gesellschafters gem. § 131 III HGB:

1. Tod des Gesellschafters
2. Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Gesellschafters
3. Kündigung des Gesellschafters
4. Kündigung durch Privatgläubiger des Gesellschafters
5. Regelungen im Gesellschaftsvertrag
6. Beschluss der Gesellschafter

▼ Was sind Konsequenzen beim Ausscheiden eines Gesellschafter?

- **Anwachsung:** Teil des ausgeschiedenen Gesellschafter wird an andere Gesellschafter verteilt
- Haftung der OHG für Verbindlichkeiten, die vor Austritt entstanden sind
- Gesellschafter haftet auch nach Ausscheiden für Altverbindlichkeiten §128 HGB

▼ Was sind Regelungen für Eintritt eines Gesellschafter in die OHG?

- Der Eintritt eines Gesellschafter entspricht der Rechtslage für die BGB-Gesellschaft.
- Die Eintragung in das Handelsregister gemäß §§ 107 und 108 HGB ist erforderlich.
- Der eintretende Gesellschafter haftet für alle Gesellschaftsverbindlichkeiten, unabhängig von deren Entstehungszeitpunkt (§§ 128, 130 HGB). Ein Haftungsausschluss für Altschulden Dritten gegenüber ist gemäß § 130 II HGB unwirksam.

▼ Wodurch wird eine OHG beendet?

- Auflösung
- Gesetzliche Auflösungsgründe § 131 I HGB: Gesellschafterbeschluss, Insolvenzverfahren über Vermögen der Gesellschaft & Gerichtliche Entscheidung
- Kündigung oder Tod eines Gesellschafter §131 III HGB

▼ Was ist eine Kommanditgesellschaft und was ist ihr Zweck?

Gesellschaft deren Zweck auf gemeinschaftlichen Betrieb eines Handelsgewerbes unter gemeinschaftlicher Firma gerichtet ist

- Ein oder mehrere Gesellschafter übernehmen Haftung nur in Bezug auf Vermögensseinlage
- Mindestens ein Gesellschafter haftet unbeschränkt

▼ Was ist der Unterschied zwischen OHG, KG und GbR?



▼ **Fall:** A und B gründen eine Gesellschaft, deren Zweck im Handel mit Computern besteht. Aufgrund des von den Gesellschafterin in Aussicht genommenen Geschäftsbetriebes ist nach Art und Umfang kein in kaufmännischer Weise eingerichteter Geschäftsbetrieb erforderlich. Haftung des B soll im Außenverhältnis auf Betrag seiner Einlage beschränkt sein. Was für eine Rechtsform soll gegründet werden?

- Gesellschafter müssen **KG** gründen und diese gem. §161 II, 105 II, 2 HGB eintragen lassen

▼ Welche Rechte hat eine KG?

- KG ist eine Handelsgesellschaft
→ Kaufmann gem. § 6 HGB
- KG ist rechtlich selbstständig gem. § 124 I HGB

▼ Wie entsteht eine KG? Und ab wann werden die beschränkte Haftung wirksam?

- Im Innenverhältnis mit Abschluss eines Gesellschaftervertrag (§109 HGB)
- Im Außenverhältnis mit Wirksamwerden unter Voraussetzungen (§123HGB)
- Beschränkte Haftung wird wirksam, wenn Gesellschaft im Handelsregister eingetragen ist, ansonsten haftet man in der Zwischenzeit wie ein persönlich haftender Gesellschafter (§176 HGB)

▼ **Fall:** X und Y schließen einen KG-Gesellschaftsvertrag ab. X beteiligt sich als Komplementär, Y als Kommanditist. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Computern unter der Firma X-KG. Erwartet wird, dass ein in kaufmännischer Weise eingerichteter Geschäftsbetrieb erforderlich wird.

Wenn die X-KG die beabsichtigte Geschäftstätigkeit vor der Eintragung ins Handelsregister vornimmt, wird die KG gem. § 123 II HGB im Außenverhältnis wirksam.

Hat Y der Aufnahme der Geschäfte zugestimmt, und ist dem Gesellschaftsgläubiger G nicht bekannt, dass Y lediglich als Kommanditist beteiligt ist, haftet Y im Außenverhältnis gem. § 176 I S.1

HGB für die zwischen der Aufnahme der Geschäfte und der Eintragung der Gesellschaft begründeten Verbindlichkeiten unbeschränkt

▼ Wer ist Geschäftsführer bei einer KG?

- Gemäß § 164 Satz 1 1. HS HGB sind die Kommanditisten von der Geschäftsführung ausgeschlossen.
- Alle Komplementäre haben gemäß §§ 161 Absatz 2 und 114 Absatz 1 HGB Geschäftsführungsbefugnis, sofern im Gesellschaftsvertrag keine abweichenden Vereinbarungen getroffen wurden.

▼ Welche Regelungen gelten in Bezug auf die Vertretung in einer Kommanditgesellschaft (KG) gemäß § 170 HGB

Kommanditisten sind von der Vertretung der KG ausgeschlossen

Beispiel:

C, D, E und F sind Gesellschafter der C&D-KG. C und D sind Komplementäre. E und F sind Kommanditisten.

Sofern im Gesellschaftsvertrag nichts anderes vereinbart ist, sind C und D als Komplementäre gem. §§ 161 II, 125 I HGB jeweils einzelvertretungsbefugt.

Es kann auch vereinbart werden, dass nur C oder nur D vertretungsbefugt sein soll oder dass C und D nur gemeinschaftlich vertretungsbefugt sein sollen oder dass C und D jeweils gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertretungsbefugt sein sollen.

Es ist zulässig, einzelnen Kommanditisten rechtsgeschäftliche Vollmachten, die sehr weit gehen können, einzuräumen, z.B. Erteilung von Prokura oder Generalhandlungsvollmacht

▼ Wie läuft die Haftung aus bei einer KG?

Komplementäre: Haften wie Gesellschafter einer OHG §161, 128 HGB unmittelbar & primär mit gesamten Privatvermögen

Haftung der Kommanditisten: Haften nur mit ihrer Einlage §171

Beispiel

A und B sind Gesellschafter der A-KG. A ist Komplementär. B ist als Kommanditist mit einer Einlage in Höhe von 25.000 € beteiligt. Die Einlage ist geleistet. Die KG schuldet dem Gläubiger C 50.000 €.

C kann nach seiner Wahl die A-KG, den A und/oder den B auf Zahlung in Anspruch nehmen. Die Klage gegen B hat allerdings keine Aussicht auf Erfolg. B hat seine Einlage bereits geleistet. Daher ist seine Haftung gem. § 171 I 2.HS ausgeschlossen.

Beispiel

A und B sind Gesellschafter der A-KG. A ist Komplementär. B ist als Kommanditist mit einer Einlage in Höhe von 25.000 € beteiligt. Er hat seine Einlage noch nicht geleistet. Die KG schuldet dem Gläubiger C 50.000 €.

C kann nach seiner Wahl die A-KG, den A und/oder den B auf Zahlung in Anspruch nehmen. Die Klage gegen B hat aber nur teilweise Aussicht auf Erfolg, da B nur in Höhe seiner Einlage haftet. C kann von B lediglich die Zahlung von 25.000 € verlangen.

Beispiel:

Sachverhalt wie oben. B hat von seiner Einlage in Höhe von 25.000 € nur 10.000 € geleistet.

C kann nach seiner Wahl die A-KG, den A und/oder den B auf Zahlung in Anspruch nehmen. Die Klage gegen B hat aber nur teilweise Aussicht auf Erfolg. B kann nur hinsichtlich des noch nicht geleisteten Teils seiner Einlage in Anspruch genommen werden, also kann C von B nur 15.000 € verlangen.

49

- Ein Kommanditist kann sich gegenüber den Gläubigern der Gesellschaft nur so lange auf § 171 I 2.HS HGB berufen, wie er den

der Haftsumme entsprechenden Vermögenswert dem Gesellschaftsvermögen belässt.

- Wird die Einlage oder ein Teil davon zurückbezahlt, gilt sie den Gläubigern der Gesellschaft gegenüber gem. § 172 IV S.1 HGB als nicht geleistet
→ Kommanditist kann in Anspruch genommen werden, soweit eine Einlagenrückgewähr erfolgt ist

▼ Was ist eine Einlagenrückgewähr?

jede Zuwendung aus dem Gesellschaftsvermögen, durch die der Gesellschaft Vermögenswerte entzogen werden, ohne dass eine gleichwertige Gegenleistung erbracht wird

V20 - Wahlen / Kommanditgesellschaft / weitere Personengesellschaften / Körperschaften

▼ **Fall:** A, B und C sind Gesellschafter der A-KG. A ist Komplementär. B ist als Kommanditist mit einer Einlage von 15.000 € beteiligt. Die Einlage ist noch nicht geleistet. C ist als Kommanditist mit einer Einlage in Höhe von 10.000 € beteiligt. Die Einlage ist geleistet. Die KG schuldet dem Gläubiger G 20.000 €. Wen kann G in Anspruch nehmen?

G kann in Anspruch nehmen:

- die A-KG
 - den A
 - den B, aber nur in der Höhe seiner Einlage in Höhe von 15.000 €
- C hat seine Einlage bereits geleistet. Daher ist seine Haftung gem. § 171 I 2.HS ausgeschlossen

▼ Welche Regeln gibt es bei der KG für das Gesellschaftsvermögen? Was braucht man für eine Zwangsvollstreckung einer KG?

keine Sonderregeln für die KG

§§ 718, 719 BGB gelten entsprechend

- für Zwangsvollstreckung ist gem. § 124 II HGB ein gegen die Gesellschaft gerichtetes Urteil erforderlich

▼ Welche Rechte & Pflichten haben Gesellschafter bei einer KG?

- **Komplementäre:** Genau gleich wie bei Gesellschafter bei OHG
 - Verpflichtung alles zu unterlassen, was Gesellschaft schadet
- **Kommanditisten:** Keine Kontrollrechte, keine Führungsbefugnisse (nur bei wichtigen Gründen)
 - Kommanditisten unterliegen keinem Wettbewerbsverbot

▼ Wie läuft ein Gesellschafterwechsel bei KG & OHG? Welche Besonderheit gibt es für Kommanditisten?

Gesellschafterwechsel

Ausscheiden eines Gesellschafters gem. § 131 III HGB:

1. Tod des Gesellschafters
2. Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Gesellschafters
3. Kündigung des Gesellschafters
4. Kündigung durch Privatgläubiger des Gesellschafters
5. Regelungen im Gesellschaftsvertrag
6. Beschluss der Gesellschafter

Besonderheiten für Kommanditisten:

- unbeschränkte Haftung bei Eintritt in bestehende KG für Verbindlichkeiten, die zwischen Eintritt und Eintragung in das Handelsregister begründet sind (§ 176 II HGB)

kann verhindert werden durch Beitritt unter der aufschiebenden Bedingung der Eintragung in das Handelsregister

▼ Wodurch kann eine KG und OHG aufgelöst werden?

Auflösung und Auseinandersetzung

▼ Was ist eine Stille Gesellschaft? Welche Eigenschaften hat ein Stiller Gesellschafter? (§230 HGB)

Gesellschaft, wo ein Gesellschafter am Handelsgewerbe eines anderen beteiligt ist, aber sein Vermögen in das des Inhaber übergeht

- Stille Gesellschaft ist nicht rechtsfähig
- Tätige Gesellschafter muss Kaufmannseigenschaft besitzen
- Stille Gesellschafter ist am Gewinn beteiligt und begrenzt auf seine Einlage am Verlust

▼ Was ist eine Partnerschaftsgesellschaft? Was sind ihre Eigenschaften?

Gesellschaft mit dem Zweck auf gemeinschaftliche Ausübung eines freien Beruf,

- Gesellschafter sind natürliche Personen

- Gesellschafter haften unbeschränkt für Verbindlichkeit der Partnerschaft als Gesamtschuldner
- Übt kein Handelsgewerbe aus
- Bspw. Anwälte, Ärzte, Steuerberater, Ingenieure....

▼ Was ist eine Körperschaft?

- Eine Gesellschaft, wo Bestand und Funktionen von den Mitgliedern unabhängig ist
- Körperschaften sind als solche Rechtsfähig (juristische Person)

▼ Was ist eine GmbH und welchen Zweck hat sie? Welche Voraussetzungen & Regelungen hat sie? Welche Vorteile hat sie?

aus einem oder mehreren Gesellschaftern bestehende Handelsgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, die zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck errichtet werden kann (§1 GmbHG)

- Voraussetzung und Regeln
 - Stammkapital 25000€
 - Rechtssubjekt als solches, kann also Rechte erwerben, vor Gericht klagen & verklagt werden (§13 GmbHG)
 - Nur Gesellschaftsvermögen haftet (§1 II GmbHG)
- Vorteile
 - Bietet einem an als alleiniger Gesellschafter an ohne zu haften
 - Kann für jeden zulässigen Zweck gegründet werden

▼ Wie entsteht eine GmbH?

GmbH entsteht nach Eintragung in Handelsregister (§11 I GmbHG)

1. Vorgründungsstadium: Notariell beurkundeter Gesellschaftervertrag (§2 GmbHG)
2. Gründungsstadium: Zwischen Errichtung der GmbH durch Gesellschaftsvertrag & Eintragung ins Handelsregister
3. Stadium der fertigen GmbH: Nach Eintragung des Handelsregister

Also es entsteht eine GbR dessen Zweck es ist, eine GmbH zu errichten, wenn die Vorgründungsgesellschaft ein Handelsgewerbe betreibt, ist sie eine OHG

Beispiel

A und B diskutieren beim Bier über die Möglichkeit, eine GmbH zu gründen, die einen Einzelhandel mit Computern betreiben soll. Sie besprechen mögliche Gewinne und äußern übereinstimmend den Willen, die Sache voranzutreiben.

Hier ist die GmbH-Gründung lediglich unverbindlich erörtert worden. Es ist noch kein Gesellschaftsvertrag geschlossen worden.

Beispiel

A und B haben die Angelegenheit überdacht und kommen überein, tatsächlich eine GmbH zu gründen, die einen Einzelhandel mit Computern betreiben soll. Das Stammkapital in Höhe von 25.000 € soll je zur Hälfte von A und B aufgebracht werden. Sie vereinbaren den Abschluss eines notariellen Gesellschaftsvertrag. A soll sich um ein Ladenlokal kümmern, B soll mit potentiellen Lieferanten verhandeln.
→ Vertrag über eine Vorgründungsgesellschaft wurde geschlossen

Bei Ein-Personen-Gründungen gibt es keine Vorgründungsgesellschaft

▼ Was sind die Mindestbestandteile einer GmbH? §3 I GmbHG

- Firma & Sitz der Gesellschaft
- Gegenstand des Unternehmens
- Stammkapital
- Zahl und Nennbeträge der Geschäftsanteile gegen Stammkapital (§14 GmbHG)
- Im Namen der Firma muss der Zusatz "GmbH" sein

Beispiele:

- Eiche GmbH (Personenfirma)
- Möbel GmbH (Sachfirma)

V21 - die GmbH

▼ Wie ist die Haftung im Gründungsstadium einer GmbH?

- Wie bei einer GbR im Vorgründungsgesellschaft stadium
 - Oder OHG, wenn im Handelsregister eingetragen
- Vor-GmbH: Entsteht durch notariellen Gesellschaftervertrag & handelt durch vertreter (Meistens zukünftiger Geschäftsführer der GmbH)

► Wie ist die Regelung der Haftung der Gesellschafter bei einer GmbH nach Eintragung ins Handelsregister?

▼ Wer haftet bei einer GmbH vor Eintrag?

- Gesellschafter haften unbegrenzt vor Eintragung (§13 II GmbHG)
- Wer vor Eintragung im Namen der GmbH handelt, haftet persönlich (§11 II GmbHG)

Beispiel

In dem Beispiel von oben haftet der Geschäftsführer C bis zur Eintragung der GmbH gem. § 535 II BGB i.V.m. § 11 II GmbHG dem Vermieter V zunächst persönlich für die Begleichung des Mietzinses für den Monat Februar. Mit der Eintragung der A-GmbH erlischt die persönliche Haftung des C.

In dem Beispiel von oben kann Vermieter V seine Mietzinsforderung auch vor Eintragung der Vor-GmbH nur gegenüber der Vor-Gesellschaft geltend machen. Er kann sich nicht direkt an A und B wenden. Durch das Sinken des Aktiv-Überschusses auf 24.000 € sind die Gesellschafter im Innenverhältnis zur Deckung der entsprechenden Verluste verpflichtet.

▼ Welche **Organe hat eine GmbH?**

- Gesellschafter als **Willensbildungsorgan** (45GmbHG)
- Geschäftsführung als **Handlungsorgan** (§6,35 GmbHG)

- Ggf. Aufsichtsrat (§52 GmbHG)

▼ Was ist die Funktion eines Geschäftsführer einer GmbH

- Bestellung erfolgt durch Gesellschaftsvertrag oder Gesellschafterversammlung
- Aufgaben: Buchführung, Bilanzierung, Gesamtgeschäftsführungsbefugnis, Spezielle aufgaben (§41 GmbHG)
- Vertretung der GmbH

▼ Was ist die Gesamtheit der Gesellschafter einer GmbH? Welche Pflichten haben Gesellschafter? Welche Rechte haben sie?

- Oberstes Willensorgan der GmbH
- Entscheidungen werden von Gesellschafterversammlung getroffen.
- Haben Weisungsbefugnis ggü. Geschäftsführer

- Rechte der Gesellschafter:

- Anspruch auf Gewinnbeteiligung
- Informationsrecht

- Pflichten der Gesellschafter:

- Einzahlung der Einlage
- Treuepflicht §242 BGB
- Wettbewerbsverbote, Nebenleistungspflichten

▼ Wie funktioniert ein Gesellschafterwechsel einer GmbH?

- Geschäftsanteile einer GmbH sind frei veräußerlich (§15 GmbHG)
- Verpflichtung & Verfügungsgeschäft muss Notareill beurkundet sein §15 GmbHG
- Muss ins Handelsregister eingetragen sein

▼ Wann kann ein Gesellschafter austreten bei einer GmbH?

- Veräußerung des Geschäftsanteil

- Wenn Veräußerung eingeschränkt, kann Kündigung der Mitgliedschaft erfolgen
- ▼ Wie sind die Bestimmungen bzgl. Ausschluss eines Gesellschafter GmbH?
 - Kann im Gesellschaftsvertrag vorgesehen sein.
 - Bei Austritt oder Ausschluss verliert der Gesellschafter seinen Geschäftsanteil.
 - Er hat Anspruch auf eine Abfindung in Höhe des Verkehrswertes des Geschäftsanteils, sofern keine anderen Regelungen im Gesellschaftsvertrag bestehen.
- ▼ Was sind die Bestimmungen bzgl. des Stammkapitals einer GmbH?
 - Muss Stammkapital von mindestens 25000€ haben
 - Auch nach Gründung!
 - Kann nicht vermindert werden durch Rückzahlung an Gesellschafter
 - Darf nicht ausgezahlt werden an Gesellschafter!!!!

Beispiel

Das Stammkapital der A-GmbH beträgt 25.000 € und ist vollständig als Sacheinlage durch die Übereignung eines Kfz vom Alleingesellschafter A an die A-GmbH erbracht worden.

Hat die Gesellschaft zwischenzeitlich gute Geschäfte gemacht und weitere 25.000 € Eigenkapital erwirtschaftet, verstößt die Rückgabe des Kfz nicht gegen das Verbot des § 30 I GmbHG (Summe Eigenkapital 50.000 €).

Beispiel

Wie oben. Die A-GmbH gibt aber ihrem Alleingesellschafter A nicht das als Sacheinlage erbrachte Kfz zurück, sondern erlässt ihm eine Darlehensschuld in Höhe von 30.000 €

→ Das Nettovermögen der Gesellschaft sinkt auf 20.000 € und liegt damit unter dem Betrag des Stammkapitals

→ Verstoß gegen das Rückzahlungsverbot

- ▼ Unter welchen Umständen wird eine GmbH aufgelöst? GmbHG §60 GmbHG

- Bei Zeitablauf gem.
- Gesellschafterbeschluss mit 3/4 Mehrheit
- Eröffnung des Insolvenzverfahren
- Weitere Auflösungsgründe im Gesellschaftervertrag
- Gerichtliches Urteil, wenn Zweck der GmbH nicht erfüllt werden kann (61 GmbHG)
- Liquidation durch Geschäftsführer (§70 GmbHG):

V21 - Die Unternehmergeellschaft / Die Aktiengesellschaft / Die GmbH & Co KG

▼ Was ist eine Vinkulierungsklausel?

Regelung im Gesellschaftsvertrag mit Inhalt, dass Abtretung der Geschäftsanteile an bestimmte Voraussetzungen geknüpft werden (§15 GmbH)

▼ Was ist eine Unternehmergeellschaft

Eine Variante der GmbH

- kann ohne in §5 & 5a vorgeschriebene Mindestkapital **gegründet** werden (GmbH muss zu dem Zeitpunkt die 25k haben)
 - Mindestkapital muss also zu
- Muss die Bezeichnung "UG" oder "Unternehmergeellschaft" führen
- Für Eintragung ist vollständige Aufbringung von Kapitalgesellschaft erforderlich

▼ Was ist eine Aktiengesellschaft? Welchen Bestimmungen ist sie unterlegen?

Handelsgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit und in Aktien zerlegten Grundkapital, dessen Verbindlichkeiten den Gläubigern nur das Gesellschaftsvermögen haftet

- Juristische Person (§1 AktG)
 - Rechtsfähig, Träger von Rechten und Pflichten
- AG gilt gem. §3 AktG als Handelsgesellschaft
- Keine persönliche Haftung der Gesellschafter (Aktionäre)
- Beispiel:

Die Z-AG hat bei der B-Bank ein Darlehen in Höhe von 100.000 € aufgenommen.

Die B-Bank kann ihren Rückzahlungsanspruch aus § 488 I S.2 BGB nur gegenüber der Z-AG geltend machen. Wenn die Z-AG nicht in der Lage ist, die Darlehenssumme zurückzuzahlen, kann sich die B-Bank nicht an die Aktionäre der Z-AG halten

▼ Was sind Vorteile einer AG?

- Begrenztes Risiko für Aktionäre
- Einfache Beschaffung von Kapital

▼ Was ist Grundkapital bei einer AG? Was sind ihre Bestimmungen? Welche Arten von Aktien gibt es?

- Grundkapital = In Aktien zerlegtes Grundkapital
- Muss (§7 AktG) mindestens 50000€ betragen
 - Gründer müssen Betrag aufbringen
- Summe der Aktie = Grundkapital

▼ Was ist eine Inhaberaktie und was ist eine Namensaktie?

- Aktie die jeweiligen Inhaber ausweist
- Namensaktie: Weist eine namentlich Bezeichnete Person aus als Berechtigter, das Recht geltend zu machen

▼ Was ist eine Aktie?

- Bruchteil des Grundkapitals
- Mitgliedschaft der Gesellschaft

▼ Was ist eine Publikumsgesellschaft, Familiengesellschaft, Majorisierte Gesellschaften, Ein-Person-Gesellschaft?

- **Publikumsgesellschaft:** Aktien sind ziemlich verteilt
- **Familiengesellschaft:** Alle oder fast alle Aktien sind im Besitz einer Familie
- Majorisierte Gesellschaften: Aktien sind mehrheitlich bei einem Großaktionär oder Gruppen von kleinen Gruppen

▼ Was ist eine GmbH & Co.KG?

= handelsrechtliche Personengesellschaft (KG) an der eine GmbH als Komplementär(Meist einziger) beteiligt ist

- Es handelt sich um eine KG

- Recht der GmbH und KG ist weiterhin jeweils anzuwenden
- Für KG gelten §§161 HGB
- Für GmbH gilt das GmbHG

▼ Was sind die Vorteile einer GmbH & Co.KG

1. **Beschränkte Haftung:** Die persönliche Haftung der GmbH ist auf ihr Gesellschaftsvermögen begrenzt (§ 13 II GmbHG), während die Komplementäre einer KG gemäß §§ 128 und 161 II HGB mit ihrem gesamten Vermögen haften.
2. **Effiziente Geschäftsführung:** Die Geschäftsführung erfolgt durch die Geschäftsführer der Komplementär-GmbH gemäß §§ 114, 161 II und 164 HGB.

V22 - Kommanditgesellschaft/Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft / Beginn Gewerblicher Rechtsschutz und Wettbewerbsrecht, insbesondere Markenrecht

▼ Worum geht es im Gewerblichen Rechtsschutz?

- Schutz von Erfindungen & Ideen
- Schützt Marken und Urheberrechte

▼ Worum geht es im Wettbewerbsrecht?

- Sorgt dafür, dass Unternehmen fair konkurrieren können
- Verhindert unfaire Geschäftspraktiken
- Schützt verbraucher vor Tricks

▼ Was sind Immaterialgüterrechts?

- Geistige Schöpfung wo nur Schöpfer Nutzungsrecht und verwertungsrecht hat
 - Patente
 - Urheberrecht an Roman
 - Markenrechte

▼ Was sind Gewerbliche schutzrechte? Wie entstehen sie?

- Schützt geistige Leistungen im naturwissenschaftlichen-technischen Bereich
- Entstehen durch Anmeldung & Eintragung in Öffentliches Register
 - Bspw. Patent, Gebrauchsmuster, Marken

▼ Was besagt der Grundsatz der Nachahmungsfreiheit?

Gewerbliche Leistungen müssen den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik nutzen, um technologischen Fortschritt zu erzielen.

▼ Nenne ein paar Beispiel für Wortzeichen, Bildzeichen, Klänge, Beispiele für Aufmachung der Ware oder Dienstleistung, Bildzeichen §3 MarkenG?

- Wortzeichen
 - persil
 - odol
 - Nivea
- Bildzeichen
 - Mercedesstern
 - Lacoste-Krokodil
- Beispiel für Klänge:
 - Telefonklingel
- Aufmachung der Ware oder Dienstleistung
 - Apple-Store
 - Form der Coca-Cola Flasche

V23 - Patent / Arbeitnehmerfindung / Gebrauchsmuster / Urheberrecht

▼ Was besagt die Fehlerhafte Gesellschaft?

- Nichtig & anfechtbare Rechtsgeschäfte gelten von Anfang an als unwirksam
 - Also Gesellschaft wäre demnach nie entstanden (Weder innen noch außenverhältnis)

▼ Wie geht man mit einer fehlerhaften Personengesellschaft um?

- Wird wie fehlerfreie Gesellschaft behandelt
 - Der zur Fehlerhaftigkeit führende Umstand wird lediglich als Grund genommen, Gesellschaft aufzulösen durch Gericht

▼ Wie geht man mit einer fehlerhaften Körperschaft um?

- Bei Kapitalgesellschaften ist zu unterscheiden in welchem Gründungsstadium Mangel auftritt
 - **Nach Abschluss Gesellschaftsvertragsabschluss, aber vor Invollzugsetzung:** Mangel führt zur Nichtigkeit der Gesellschaft
 - **Nach Invollzugsetzung vor Eintrag im handelsregister:** Gesellschaft wird für Vergangenheit als bestehend behandelt
 - **Nach Eintrag im handelsregister:** Regelmäßig unbeachtlich, außer bei Schwerwiegenden Mängeln

▼ Was ist Voraussetzung für ein Patent? §1 PatG

- Erfindung auf Gebiet der Technik (Bspw. Maschinen, Schaltungen, Verfahren)
- Neuheit
- Erfinderische Tätigkeit
- Gewerbliche Anwendungsmöglichkeit

▼ Was ist eine Neuheit §3 PatG

- Gehört nicht zum bisherigen Stand der Technik
 - Stand der Technik: Alle Kenntnisse Weltweit vor Tag der Patentanmeldung

▼ Wem steht Patent zu?

Demjenigen, der zuerst bei Patent angemeldet hat

▼ Was besagt der Patentschutz §9 PatG?

Nur Patentinhaber ist befugt, patentierte Erfindung zu nutzen

- Jedem Dritten ist es verboten ohne Zustimmung
- Patentinhaber kann gegen jeden der patentierte Erfindung nutzt, Unterlassungsklage einreichen
 - §823 BGB Schadensersatzanspruch

▼ Wann verjähren Ansprüche gg. Patentverletzung?

In 3 Jahren nach Kenntnissnahme des Anspruchsberechtigten §141 PatentG

▼ Was gibt es für Ausnahmen, wann man Patent nutzen darf?

Für Handlungen im privaten Bereich, nicht gewerbliche Zwecke

▼ Wann erlöscht ein Patent?

- Inhaberverzicht
- Widerruf §21 PatG
- Nichtzahlung der Gebühr
- Nichtigkeitserklärung
- Ablauf der Schutzfrist (max 20 Jahre) §16 PatG

▼ Was ist eine **Diensterfindung**?

- Erfindung die während Arbeitszeit entsteht und aus betrieblicher Tätigkeit resultiert §4 II ArbNErfG
- Muss beim Arbeitgeber gemeldet werden
- Arbeitgeber kann sie in Anspruch nehmen oder freigeben
- Vermögenswerte gehen auf Arbeitgeber über
- Arbeitnehmer darf Erfindung weiterhin benennen
- Arbeitnehmer erhält angemessene Vergütung

▼ Was ist eine **Freie Erfindung**?

- Erfindung entsteht während Arbeitszeit, hat aber keine betriebliche Verbindung

- Erfindung gehört dem Arbeitnehmer, aber muss sie Melden und anbieten

▼ Was ist das **Gebrauchsmusterschutzgesetz**? Was ist die Voraussetzung dafür? Wie lange ist die Höchstschutzdauer?

Schutzrecht für anwendbare technische Erfindung, oft als "kleines patent bezeichnet" §1 GebrMG

Voraussetzung:

- Erfindung (Nur Erzeugnisse, keine Verfahren)
- Neuheit
- Erfinderischer Schritt (Erfindungshöhe)
- gewerbliche Anwendungsmöglichkeit

Höchstschutzdauer: 10 Jahre

▼ Welche Arten von Einlagen gibt es?

Bargeldeinlagen

Sacheinlagen (Materiell und immateriell)

▼ Was ist Verbrauchsgüterkauf?

Was ist Verbrauchsgüterkauf Definition?

Verbrauchsgüterkauf ist ein Kaufvertrag zwischen einem Verbraucher und einem Unternehmer, bei dem ein beweglicher Gegenstand gekauft wird, der für den persönlichen, familiären oder häuslichen Gebrauch des Verbrauchers bestimmt ist.

▼ Was ist eine Nennaktie und was eine Stückaktie?

Nennaktie: Bei Nennwertaktien wird der Anteil am Grundkapital über einen bestimmten festgelegten Nennwert geregelt. Dieser Nennwert muss mindestens 1 Euro betragen.

Stückaktie: Bei Stückaktien gibt es im Gegensatz zu Nennwertaktien keinen festen Nennbetrag. Der Anteil am Grundkapital ist für jede Aktie gleich groß und wird beispielsweise in Prozenten ausgegeben.

▼ Was schützt das Urheberrecht?

Urheber in seiner geistigen und persönlichen Schöpfung, braucht kein Eintrag in irgendein Register

▼ Wie entstehen Urheberrecht

Ergebnis einer persönlichen geistigen Schöpfung §1 UrhG

▼ Was wird im Rahmen des Urheberrecht geschützt §2 UrhG?

Sprachwerke, Musik, Lichtbild, Computerprogramme...

▼ Was ist eine persönliche Schöpfung?

- Schöpfung von einem MENSCH
- Vollautomatische Produkte wie automatische Übersetzungen erfüllen die anforderungen nicht
- Tiere, Planzen, Computer.... fallen nicht unter Urheberrecht

▼ Was sind die Anforderungen an ein urheberrechtlich geschütztes Werk?

- Ergebnis durch menschliches schaffen
- kreative Leistung
- Durch menschliche Sinne wahrnehmbar

▼ Was ist Inhalt des Urheberrechts?

- Schutz der geistigen und persönlichen Beziehung des Urhebers
- Sicherung einer angemessenen Vergütung für Nutzung des Werkes
- Urheberpersönlichkeitsrechte und Urheberverwertungsrechte

▼ Welche Rechte hat ein Urheber?

Veröffnetlichungsrecht

Recht auf Anerkennung der Urheberschaft

Verbotungsrecht wegen Entstellung des Werkes

▼ Was besagt das Veröffentlichungsrecht

Der Urheber entscheidet über die Veröffentlichung seines Werkes und kann Bearbeitung oder Umgestaltung untersagen

▼ Was bedeutet die Urhebervermutung?

§10 UrhG

Wer etwas vervielfältigt, wird als Urheber betrachtet, bis das Gegenteil bewiesen wurde

▼ Was sind Urheberverwertungsrechte?

§15 I UrhG hat Urheber ausschließliches Recht, sein Werk in körperlicher Form zu verwerten

Darunter fällt:

- Vervielfältigungsrecht
- Verbreitungsrecht
- Ausstellungsrecht

V24 - Beendigung Urheberrecht / Wettbewerbsrecht (Kartellrecht)

▼ Was ist eine Verwertungsgesellschaft und was ist ihr Zweck?

- Haben Urheber keine Zeit & Fachwissen, ihre Urheberrechte individuell zu verwalten & einzufordern, übernehmen Verwertungsgesellschaften diese ein
 - Nehmen im Auftrag der Urheber deren Rechte treuhändisch wahr
- Beispiele:
 - **GEMA:** Musiker
 - **VG Bild-Kunst:** Fotografen, Künstler...
 - **VG Wort:** Autoren, Übersetzer & Verleger

▼ Was schließt die **Einräumung von Nutzungsrechten** ein?

- Urheber kann Lizenzverträge über seine Verwertungsrechte abschließen
- Kann Lizenzen räumlich, zeitlich oder Inhaltlich beschränken

▼ Was für Rechtsfolgen gibt es bei Urheberrechtsverletzungen?

- Beseitigungs- & unterlassungsanspruch
- Schadensersatzanspruch
 - Folgende Berechnungsarten stehen zur Verfügung bei Schadensansprüchen:
 - konkrete Schadensberechnung
 - Schadensersatz in Höhe angemessenen Lizenzgebühr
 - Herausgabe des Verletzergewinns
- Anspruch auf Vernichtung
- Auskunftsanspruch
- Entschädigung

▼ Wie sieht es bei Urheberrechten mit Verjährung aus?

- Ansprüche wegen Verletzung verjähren in drei Jahren von Zeitpunkt ab dem Wissen des berechtigten
- Wenn Urheberrechtsverletzer unbekannt, Verjährungsfrist 30 Jahre
- Nach Verjährung besteht weiterhin Recht auf Bereicherungsausgleich

▼ Auf wie viele Jahre ist das Urheberrecht begrenzt? Und wann beginnt die Frist?

- Urheberrecht erlischt 70 Jahre nach Tod des Urheber
- Wenn mehrere Miturheber, 70 Jahre nachdem der am längsten gelebt hat
- Frist beginnt mit Ablauf des Jahres in dem das Ereignis stattfand

▼ Was passiert nach Ablauf der urheberrechtlichen Frist

- Alle Werke werden frei verwendbar auch ohne Zustimmung
- Steht der Allgemeinheit zur freien Nutzung

▼ Was besagt die Ausnahmeregelung für Schulen?

- Urheberrechtlich geschützte Werke dürfen verwendet werden ohne Erlaubnis des Urhebers oder Verlag
 - Erlaubt zur Wissenschaftlichen Forschung
 - Museen, Archive
 - Zur Herstellung von Lehrbüchern

Wichtig: nicht zum kommerziellen Zweck nutzen

- Bis 15% dürfen verbreitet werden
- Zugang beschränkt auf **geschlossener Nutzerkreis:**
 - Teilnehmer
 - Prüfer
 - Andere Lehrende

▼ Sind Texte und Bilder Urheberrechtsfähig?

Ja, Texte & Fotos

- hochladen auf eine Plattform = öffentliche Zugänglichmachung
- Urheberrechtsverletzung, wenn keine Zustimmung des Rechteinhabers

▼ Was bedeutet Privatkopieschranke?

Inhalte dürfen für den Familien und Freundeskreis kopiert werden

→ Nutzung nur im privaten Kreis

▼ Was ist das Wettbewerbsrecht(Kartellrecht)?

- Geregelt im Gesetz gg. Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)
- Ziel: Sicherung der Existenz des Wettbewerbs
- Mittel: Einschränkungen der Zulässigkeit wettbewerbsbeschränkender privatautonomer Vereinbarung

▼ Was ist ein **Unternehmen**?

jede selbstständige, nicht private & außerhalb des erwerbslebens liegende tätigkeit einer person in der erzeugung oder verteilung von waren oder gewerblichen leistungen

▼ Was für Regeln gibt es für Wettbewerbsbeschränkungen?

- Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen sind Verboten (§1 GWB)
 - **Vereinbarungen** zwischen Unternehmen
 - **Beschlüsse** von Unternehmensvereinigungen
 - **Aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen** zwischen Unternehmen
 - Beispiele:

▼ Was sind **horizontale Vereinbarungen** und was sind **vertikale Vereinbarungen**?

Sind vom GWB erfasst

- **horizontale Vereinbarungen:** Vereinbarungen von Unternehmen auf gleicher Marktstufe
- **vertikale Vereinbarungen:** Unternehmen verschiedener Marktstufen stehen nicht im Wettbewerb

Beispiele:

- Die Kopierladenbesitzer der Stadt Hagen vereinbaren einen einheitlichen Kopierpreis
(**horizontale Vereinbarung**.)
- Ein Hersteller von Kopiergeräten verpflichtet die Erwerber seiner Geräte im Kaufvertrag, Kopien nur mit bei ihm gekauften Papier herzustellen (**vertikale Vereinbarung**).

▼ Wann liegen **Aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen** vor?

- Wenn sich Unternehmen ohne vertragliche Bindung eingehen, so das jedes Unternehmen mit der Mitwirkung eines anderen rechnen kann
- Eine abgestimmte Verhaltensweise liegt in einem Parallelverhalten, das auf Fühlungnahme beruht.
- Anpassung an Marktverhältnisse ohne vertrag oder Absprache fällt als erlaubtes Parallelverhalten nicht unter §1 GWB

Beispiel:

Vertreter der bedeutendsten europäischen Farbenhersteller treffen sich zum Informations- und Erfahrungsaustausch. Der Vertreter eines Unternehmens kündigt an, seine Gesellschaft werde die Preise für Teerfarben in einer Woche um 5 Prozent erhöhen

In der folgenden Woche erhöhen die anderen auf dem Treffen anwesenden Unternehmen ihre Preise um 5 Prozent.

Beispiel:

Die Verbraucherzentrale Hagen veröffentlicht einen Vergleich der Preise der ortsansässigen Elektrofachgeschäfte. Das Unternehmen X ist am billigsten. Daraufhin passen die anderen Unternehmen ihre Preise entsprechend an.

▼ Was ist eine Legalausnahme?

- Vereinbarungen, die gg. §1 GWB verstoßen und trotzdem wirksam sind

▼ Was besagt das Mittelstandskartell Gesetz?

- Mittelständige Unternehmen haben erlaubnis zur Verkaufsgemeinschaften, Bildungsgemeinschaften....
- Zur unterstützung mittelständiger unternehmen die mit großunternehmen nicht mithalten können wegen Mengenrabatt...

▼ Was besagt das **Missbrauchsverbot für marktbeherrschende Unternehmen**?

- §19 GWB verbietet Marktbeherrschende Unternehmen andere Unternehmen ohne Grund zu behindern
- Unternehmen gilt als Marktbeherrschend, wenn es auf einem oder mehreren Märkten Verhaltensspielraum hat, die nicht mehr ausreichend durch Wettbewerb kontrolliert werden §19 GWB
- Marktbeherrschung wird in §18 GWB festgestellt, wenn es keinem wesentlichen Wettbewerb ausgesetzt ist oder Monopolstellung

V25 - Wettbewerbsrecht / Beendigung

Kartellrecht / Recht des unlauteren Wettbewerbs

▼ Was gibt es für Arten von Zusammenschlüssen?

- Horizontale Wirkung: Zusammenschluss von Konkurrenten.
- Vertikale Wirkung: Zusammenschluss zwischen Unternehmen verschiedener Wirtschaftsstufen.
- Konglomerater Zusammenschluss: Zusammenschluss ohne horizontale oder vertikale Beziehung.

▼ Was ist eine Ministererlaubnis?

Ministererlaubnis (§ 42 GWB):

- Der Wirtschaftsminister kann aus politischen Gründen Zusammenschlüsse genehmigen.

▼ Was sind die Folgen eines Kartellverstoßes?

- Nichtigkeit eines Vertrages nach § 1 GWB i.V.m. § 134 BGB.
- Eingriffsbefugnisse des Bundeskartellamtes nach § 32 GWB.
- Unterlassungsansprüche von Konkurrenten und anderen Marktbeteiligten nach § 33 Abs. 1 GWB.
- Bußgelder nach § 81 Abs. 2 Nr. 1 GWB.

▼ Was ist Zweck des UWG?

Das UWG dient dem Schutz von Mitbewerbern, Verbrauchern und der Allgemeinheit vor unlauteren geschäftlichen Handlungen.

▼ Was ist eine Geschäftliche Handlung?

- Jede Handlung mit dem Absatz von Waren oder Dienstleistungen oder Abschluss von Vertrag

▼ Was ist ein Marktteilnehmer?

Alle Personen, die Waren oder Dienstleistungen anbieten oder nachfragen

▼ Was ist ein Mitbewerber?

Unternehmer, die in einem Wettbewerbsverhältnis stehen

▼ Was ist eine Unlautere Geschäftshandlung

- Unlauter handelt, wer gegen eine gesetzliche Vorschrift verstößt, die dazu bestimmt ist, das Marktverhalten zu regeln. §3a UWG

▼ Was sind die Voraussetzungen zum Verbot eines unlauteren Wettbewerbs?

Verbot des § 3 II UWG:

- Voraussetzungen:
 1. Vorliegen einer geschäftlichen Handlung.
 2. Gegenüber einem Verbraucher.
 3. Verstoß gegen die unternehmerische Sorgfalt.
 4. Eignung zur wesentlichen Beeinflussung der wirtschaftlichen Entscheidungsfähigkeit des Verbrauchers.

▼ Was ist die Unternehmerische Sorgfalt?

- Der Standard an Fachkenntnissen und Sorgfalt, den ein Unternehmer nach Treu und Glauben und unter Berücksichtigung der Marktgepflogenheiten einhalten sollte.

▼ Wann liegt eine Wesentliche Beeinflussung des Verbraucherverhaltens vor?

Handlungen, die die Fähigkeit des Verbrauchers zur informierten Entscheidung spürbar beeinträchtigen und ihn zu einer geschäftlichen Entscheidung veranlassen, die er sonst nicht getroffen hätte

Beispiel:

- Ein Kaffeegrößröster veranstaltet ein Gewinnspiel, bei dem Teilnehmer auffällige Aufkleber an ihren Autos anbringen müssen. Dies erzeugt psychologischen Kaufzwang und beeinflusst das Verbraucherverhalten.

Das UWG zielt darauf ab, fairen und unverfälschten Wettbewerb zu gewährleisten und Verbraucher vor unlauteren Praktiken zu schützen.

▼ Was besagt der Mitbewerberschutz gem. §4 UWG?

- Enthält verschiedene Schutzmechanismen, darunter Herabsetzung oder Verunglimpfung von Mitbewerbern.

- Schutz vor Nachahmung von Waren oder Dienstleistungen.
- ▼ Was ist eine Aggressive Geschäftliche Handlung? gem. §5 UWG?
 - Handlungen sind irreführend, wenn sie unwahre oder zur Täuschung geeignete Angaben enthalten.
 - Dies kann Verwechslungsgefahr oder Herabsetzung des Preises umfassen.
- ▼ Was besagt das Verbot der vergleichenden Werbung? gem. §6 UWG
 - Vergleichende Werbung ist erlaubt, wenn sie die in § 6 II UWG gezogenen Grenzen einhält.
 - Persönliche Vergleiche sind immer unzulässig.
- ▼ Was ist die Blacklist?
 - Die Schwarze Liste ist ein Anhang zu § 3 III UWG.
 - Die dort aufgeführten geschäftlichen Handlungen sind stets unzulässig, wenn sie gegenüber Verbrauchern vorgenommen werden.
- ▼ Was ist **Unzumutbare Belästigungen nach § 7 UWG**:
 - Erfasst jegliche Form der Belästigung, die unzumutbar ist. Die Unzumutbarkeit wird durch Interessenabwägung festgestellt.
 - Beispiele sind unerwünschte Werbung und Telefonanrufe zu Werbezwecken.
- ▼ **Unerwünschte Werbung nach § 7 I S.2 UWG**:
 - Werbung gegen den erkennbaren Willen des Adressaten ist unzulässig.
 - Wiederholter Einwurf von Werbesendungen gegen den Willen des Empfängers ist ein Beispiel.
- ▼ was ist **Telefonwerbung nach § 7 II Nr. 1 UWG**:
 - Telefonanrufe zu Werbezwecken sind nur mit Einverständnis des Verbrauchers zulässig.
 - Im geschäftlichen Bereich kann ein Einverständnis vermutet werden, wenn eine Geschäftsbeziehung besteht.
- ▼ was ist **Email-Werbung nach § 7 II Nr. 2 UWG**:
 - Email-Werbung ist nur mit ausdrücklicher Einwilligung des Adressaten erlaubt.
 - Die Einwilligung muss gesondert erteilt werden.
- ▼ was ist **Transparenzgebot gemäß § 7 II Nr. 3 UWG**:
 - Adressaten von elektronischer Werbung müssen die Möglichkeit haben, der Übermittlung zu widersprechen.
 - Das Verbergen des Absenders ist verboten.
- ▼ **Ausnahme vom Verbot der Email-Werbung gemäß § 7 III UWG**:
 - Werbung per Email ohne ausdrückliche Einwilligung ist erlaubt, wenn die Adresse im Zusammenhang mit dem Verkauf einer Ware oder Dienstleistung erhalten wurde.
 - Der Kunde darf nicht widersprochen haben und muss die Möglichkeit haben, jederzeit zu widersprechen, ohne besondere Kosten zu tragen.

V26 - Beendigung Unlauterer Wettbewerb

▼ Was sind die wichtigsten Rechtsfolgen bei Verstößen gegen das UWG?

Die wichtigsten Rechtsfolgen sind der Unterlassungsanspruch, Schadensersatzanspruch, Gewinnabschöpfungsanspruch, Verjährung und Straf- bzw. Bußgeldvorschriften.

▼ Welche Voraussetzungen gelten für einen einfachen Unterlassungsanspruch nach § 8 I UWG?

Voraussetzungen sind ein Verstoß gegen § 3 oder § 7 UWG in der Vergangenheit und die Gefahr einer Wiederholung.

▼ Wann kann ein vorbeugender Unterlassungsanspruch nach § 8 I S. 2 UWG geltend gemacht werden?

Dieser Anspruch richtet sich gegen drohende Wettbewerbsverstöße, z. B. Ankündigungen wettbewerbswidriger Handlungen.

▼ Was beinhaltet der Beseitigungsanspruch gemäß § 8 I S.1 1. Alt. UWG?

Der Störer wird verpflichtet, die Folgen eines Wettbewerbsverstoßes zu beseitigen, wenn dies rechtlich und tatsächlich möglich sowie verhältnismäßig ist.

▼ Unter welchen Bedingungen kann ein Schadensersatzanspruch gemäß § 9 UWG geltend gemacht werden?

Ein Schadensersatzanspruch besteht bei Verletzung wettbewerbsrechtlicher Pflichten, insbesondere bei Verstößen gegen § 3 oder § 7 UWG. Voraussetzung ist, dass die Verletzungshandlung vorsätzlich oder fahrlässig erfolgte.

▼ In welchen Fällen kann der Gewinnabschöpfungsanspruch gemäß § 10 UWG angewendet werden?

Dieser Anspruch kommt in Fällen infrage, in denen durch wettbewerbswidriges Verhalten viele Abnehmer geschädigt werden und der Schaden pro Einzelnen zu gering ist, um individuelle Ansprüche geltend zu machen.

▼ Was regelt die Verjährung gemäß § 11 UWG?

Die wettbewerbsrechtlichen Ansprüche nach den §§ 8 und 9 UWG verjähren in der Regel in sechs Monaten ab Kenntnis des Anspruchsberechtigten von den anspruchsbegründenden Umständen und der Person des Schuldners.

▼ Welche Straf- und Bußgeldvorschriften sind im UWG enthalten?

Das UWG enthält Straf- und Bußgeldvorschriften für bestimmte Wettbewerbsverstöße, darunter strafbare Werbung oder den Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen.